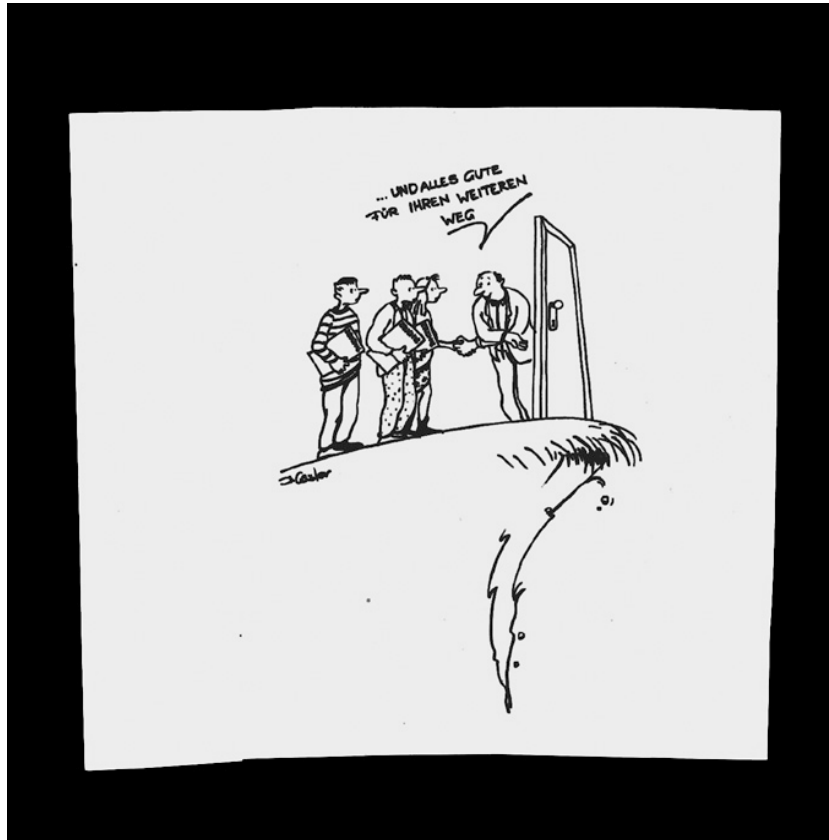


Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Die Arbeitslosenzahl zeigt nur einen Teil der sozialen Probleme auf dem Arbeitsmarkt – Seite 4**
- **Der endgültige Untergang des Baath-Regimes – Seite 8**
- **Kampf um Durchführungsbedingungen für Bürger- und Volksentscheide in Stuttgart und Hamburg – Seite 12**
- **IG Metall: Eine Schlussbilanz zum Ausbildungsjahr und zum Ausbildungspakt – Seite 15**
- **Deutsche Geschichtsvergessenheit – Unverantwortliches Spiel mit den Feuer – Seite 19**

Ausgabe Nr. 3 am 10. Februar 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Armut unter Migranten überdurchschnittlich und Dauerzustand

DIW, 3.2. scc. Die soziale Situation der Migrantinnen und Migranten in der BR Deutschland hat sich seit 1998 im Vergleich zur deutschen Bevölkerung weiter verschlechtert. Besonders betroffen sind jüngere und ältere Menschen mit Migrationshintergrund. 1998 lebten bereits 19% der Migranten in Einkommensarmut. Seither stieg dieser Anteil auf 23%. Von der zweiten Zuwanderergeneration (unter 35-Jährige) lebte 2002 jede dritte, bei der deutschen Bevölkerung dagegen jede sechste Person in Armut. Besonders betroffen ist die türkische Arbeiterbevölkerung. Besorgniserregend ist der Studie von DIW und Infratest Sozialforschung zufolge, dass Armut für viele Migranten kein vorübergehendes Phänomen, sondern Dauerzustand ist.

Neue Innovationsoffensive?

Berliner Morgenpost, 3.2. rül. Das Kanzleramt überlegt einem Bericht der Berliner Morgenpost zufolge angeblich ein neues Programm „für Bildung, Wissenschaft und Forschung“. Damit solle die Wirtschaft „für die Märkte der Zukunft wettbewerbsfähiger werden“. Hauptinhalt dürfte die Technologieförderung sein, vielleicht verbunden mit Qualifizierungsangeboten. Ein erster Anlauf der Regierung im letzten Jahr – Schröder hatte 2004 als „Jahr der Innovationen“ ausgerufen – scheiterte schon im Ansatz am Streit in der SPD um das Ziel von Eliteuniversitäten und am Streit mit den Ländern um Kompetenzen in der Bildungspolitik. Heraus kam nur die Einrichtung einer mit Innovationsförderung beauftragten Arbeitsgruppe von Bundesregierung und ein paar Konzernen, von der seitdem nichts mehr zu hören war. Von ihrem zweiten Anlauf erhofft sich die Regierung dringend auch Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Einzelheiten werden nach dem Bericht der Berliner Morgenpost derzeit im Kanzleramt und zwischen den Ministerien verhandelt. Schröder selbst nennt die Pläne „die zweite Seite der Agenda 2010“. Hauptproblem ist die Finanzierung. Finanzminister Eichel weiß nicht, woher er das Geld nehmen soll. Der Regierung sei klar, dass ohne einen großen finanziellen Betrag nicht mit spürbaren Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen sei. Spätestens im zweiten Halbjahr 2005 soll das Programm stehen. Möglicherweise wird es also noch im NRW-Wahlkampf genutzt. Forderungen nach einem staatlichen Investitionsprogramm erteilte Schröder in der Kabinettsitzung am 2. Februar eine Absage. Ein über Kredite finanziertes öffentliches Investitionspro-

gramm für die Kommunen hatte unter anderem der SPD-Abgeordnete Detlev von Larcher gefordert. Von einem solchen Konjunkturprogramm im zweiten Halbjahr würde vor allem das Handwerk profitieren.

Unternehmerbelohnung – Kapital fühlt sich beschubst

FAZ, 29.1. maf. Bei der Hauptversammlung der Porsche AG wurde „erstmalig in größerem Stil“ Kritik an der Höhe der Vorstandsbezüge geübt. Die sechs Vorstandsmitglieder hatten im Geschäftsjahr 2003/2004 zusammen 30,5 Millionen Euro, rund 5 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor verdient. Ein Sechstel der Bezüge soll ergebnisabhängig sein. Die Dividende für die Aktionäre hatte insgesamt 69,5 Millionen Euro betragen.

Nachkriegsverträge kein Vertreibungsverbrechen

FAZ, 5.2. ff. maf. Bereits im vorigen Jahr war der Plan deutscher Vertriebenenfunktionäre, gescheitert, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten. Die lebhafteste Kritik vor allem aus Polen, stieß in anderen Ländern Europas, auch unter Verständigen in der BRD, auf Resonanz. Die Bundesregierung versuchte die Lage zu entschärfen. Kulturstatsministerin Weiss (parteilos) ersann ein Alternativprojekt. Nach einer Konferenz im April vorigen Jahres verkündete sie, Deutschland, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Österreich und Ungarn hätten sich auf die Gründung eines „europäischen Netzwerks“ verständigt. Es sollte unter dem Dach des Europarates eingerichtet werden und „Europäisches Zentrum zur Erinnerung an Vertreibungen und ethnische Säuberungen“ heißen. Für die Nachbarländer Deutschlands bestand nun die Schwierigkeit, den Plan abzuwehren, ohne die Beziehungen zur BRD zu belasten. Hier sprang Frankreich in die Bresche. Am 25. Januar dieses Jahres meldet die FAZ, die französische Delegation beim Europarat habe sich einstimmig gegen das Vorhaben gewandt, ausdrücklich, weil der Begriff „Vertreibung“ („déportation“) die Deportierung in Konzentrationslager mit dem „in den Verträgen nach 1945 verabredeten Bevölkerungsaustausch gleichsetze“. Bei den Vertreibungen nach 1945 könne auch nicht unbedingt von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gesprochen werden. Dieser Einspruch ermöglichte der Regierung Tschechiens den Ausstieg aus dem Europäisierungsprojekt. Als nächstes verfehlte der Vorschlag bei der „Parlamentarischen Versammlung“ des Europarates Ende Januar die nötige Zweidrit-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

telmehrheit. Am 1. Februar, an dem ein „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ in Warschau nun auch ohne Beteiligung Tschechiens und inzwischen auch Österreichs, das heißt ohne Dach und mit Schäden am Fundament gegründet werden sollte, begnügte man sich mit einer Absichtserklärung, dies Netzwerk gründen zu wollen. Die FAZ vom 5.2. bezeichnet das als Begräbnis erster Klasse. – Das Ganze wirft ein Licht darauf, wie schwer es für die östlichen Nachbarstaaten ist, sich deutscher Zumutungen zu erwehren und auch auf die große praktische Bedeutung der „Verträge nach 1945“.

Nato- und Bundeswehr-Einsatz im Nahen Osten

DR/ftd, 6./7.2. scc. In einem Interview mit dem Deutschlandradio sprach sich der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und jetzige Vorsitzende des Nato-Militärausschusses Kujat für den Nato-Einsatz im Nahen Osten und insbesondere für die Beteiligung der Bundeswehr daran aus. Kujat auf die Frage, was auf die Nato nach einem Friedensschluss zwischen Israel und Palästina zukommen könne: „Ich denke, dass die Nato die einzige Organisation ist, die einen solchen Friedensschluss umsetzen könnte – natürlich im Auftrag der Vereinten Nationen und natürlich auf Biten der beiden Beteiligten. ... wer sonst sollte es tun, wenn nicht die Nato? (...) Ich denke, dass gerade wir Deutschen einen Anlass hätten, uns an einer solchen Mission zu beteiligen. (...) Es ist ja eine nationale Frage, die hängt mit unserer Geschichte zusammen. Ich bin der Auffassung, dass unsere Geschichte sozusagen geradezu die Herausforderung ist, daran teilzunehmen, und nicht ein Hindernis dafür.“ Kujat deutete an, dass der intensivierte so genannte Mittelmeerdiallog der Nato mit den Mittelmeeranrainern (Algerien, Ägypten, Mauretanien, Tunesien, Jordanien, Marokko sowie Israel) darauf ziele, „die Rahmenbedingungen für eine solche Mission zu verbessern“. Die Financial Times berichtet am 7.2., dass sich die 26 Nato-Botschafter in der vergangenen Woche mit einer Anfrage Israels nach „Aufwertung der Zusammenarbeit“ befasst und „positiv“ reagiert hätten. Einige Nato-Mitglieder befürworten eine Nato-Mitgliedschaft Israels. Am 24.2. besucht Nato-Generalsekretär de Hoop Scheffer Israel.

Europaweites Strafregister ab 2006

Die Presse, 28.1. hav. Die EU-Kommission will im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität ein europaweit einheitliches Strafregister aufbauen. Nach den von Justizkommissar Franco Frattini am Donnerstag in Brüssel vorgelegten Plänen sollen in einem



Handelsblatt, 28.1. rül. „Thumanns geschenkter Gaul ... oder wenn der Kanzler die Pferde füttert“. So überschreibt das „Handelsblatt“ seinen Bericht von einer Party der deutschen Wirtschaft. Selbst den Berichterstatte des für Kritik an der Wirtschaft ansonsten eher nicht bekannten Blattes hat es vom Stuhl gehauen, wie der BDI seinen „Wachwechsel“ beging vom alten, am liebsten Tarifverträge verbrennenden Chef Rogowski zum neuen, Jürgen Thumann aus Düsseldorf, Königsallee. In Schinkels wiedererstandenen Konzerthaus am Gendarmenmarkt hatte der BDI zum „festlichen Abend der deutschen Industrie“ geladen. „Der Inhalt war es nicht, der vom Stuhle haute“, betont der Journalist, „doch was für eine Form“: „knallrotes Bühnendeko in klassizistischem Glanz“, ein Abschieds-video für „König Rogo“, Gedichte vom Kanzler, „und dann, kurz nach neun, Geräusch: Auf der Bühne des BDI tritt Hamasa Mirza auf, Vetter von Hamasa Mosad. Das klingt wie Naher Osten, ist aber ein Araberhengst aus Hildesheim. Der neue Präsident des Verbands, der in Personalunion Chef der Reiterlichen Vereinigung ist, schaut gerührt zur Bühne. Der BDI schenkt ihm einen Gaul, fast verschlägt es da auch dem Sitznachbarn Gerhard Schröder die Sprache. Bald darauf frisst der BDI-Hengst dem Kanzler Möhren aus der Hand ...“ Dem Hengst seien „ausnehmend hübsche litauische Musikantinnen gefolgt“, weiß der Journalist noch zu berichten. Der Hengst Hamasa Mosad sollte eigentlich vor Monaten dem Emir von Sharjah am Persischen Golf geschenkt werden, verletzte sich aber ein wenig. Der Emir bekam einen anderen Araberhengst. Offenbar gehört das Schenken von Gäulen beim BDI neuerdings zum guten Ton.

ersten Schritt ab 2006 Daten über strafrechtliche Verurteilungen unter den EU-Staaten elektronisch ausgetauscht werden. In einer zweiten Phase soll die EU ein „europäisches Standardformat“ entwickeln, das zum Aufbau einer europäischen Datenbank führt. In diesem EU-Format sollen Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit sowie Informationen zur strafrechtlichen Entscheidung über die Person gespeichert werden. Technisch könnte die EU auf ihre Fingerabdruck-Datenbank für Asylwerber („Eurodac“) oder das Schengen-Informationssystem (SIS) zurückgreifen, schlägt die EU-Kommission vor.

EU-Bürger kennen Verfassung nicht

FAZ, 28.1. hav. Jeder dritte EU-Bürger weiß nichts von der Existenz des europäischen Verfassungsvertrags. Das geht aus einer im Auftrag der Europäischen Kommission zwischen Ende Oktober und Ende November 2004 vorgenommenen „Eurobarometer“-Umfrage unter 25.000 Bürgern in allen EU-Ländern hervor. 56 Prozent der Befragten gaben an, sie hätten von der Verfassung gehört, allerdings sei ihnen der Inhalt weitge-

hend unbekannt. Nur elf Prozent antworteten, die Verfassung und ihr Inhalt seien ihnen in groben Zügen bekannt. Auch in Großbritannien, wo im kommenden Jahr eine Volksabstimmung über die Verfassung stattfinden soll, ist ihre Existenz lediglich der Hälfte der Befragten bekannt. Die Umfrageergebnisse lassen auch den Schluss zu, dass Großbritannien derzeit das einzige Mitgliedsland ist, in dem es mehr Gegner als Befürworter der Verfassung gibt. Im EU-Durchschnitt erreicht der Anteil der Zustimmung zur Verfassung 49 Prozent. Nur 16 Prozent der Befragten sprachen sich dagegen aus. 35 Prozent zeigten sich unentschieden. In Deutschland befürworteten den Text 54 Prozent, während ihn 17 Prozent ablehnten und 28 Prozent keine Meinung äußerten. Der Verfassungsvertrag soll Anfang 2007 in Kraft treten. Voraussetzung ist, dass ihn alle Mitgliedstaaten ratifizieren. Die Parlamente Litauens und Ungarns sowie das italienische Abgeordnetenhaus – eine der beiden Kammern – haben ihn bereits gebilligt. Eine erste von voraussichtlich insgesamt zehn Volksabstimmungen über die Verfassung findet am 20. Februar in Spanien statt. Zusammenstellung: alk

Die Arbeitslosenzahl zeigt nur einen Teil der sozialen Probleme auf dem Arbeitsmarkt

Die neuen Arbeitslosenzahlen der Agentur für Arbeit für den Monat Januar – 5,037 Millionen offiziell erfasste Arbeitslose – sorgen für viele politischen Diskussionen. Die Regierung, die das Unglück schon vor Monaten befürchtet und gehofft hatte, durch rasche Zuweisung von Arbeitslosen in Ein-Euro-Jobs die jetzt eingetretene Marke verhindern zu können, wiegelt ab. Clement erklärt, im Grunde sei nichts Überraschendes geschehen, nur die bisher im Sozialhilfebezug „versteckten“ Arbeitslosen seien hinzu gekommen. Kritiker dagegen verweisen auf weitere „verdeckte“ Arbeitslose: Kurzarbeiter, deren Kurzarbeit oft nur der Übergang in die Arbeitslosigkeit ist, Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen, ABM-Beschäftigte, Ein-Euro-Jobber, Bezieher von vorgezogener Altersrente usw. Insgesamt umfassen diese Gruppen weitere 1,6 Millionen Personen. Zusammen mit den offiziell gemeldeten Arbeitslosen sind das schon 6,6 Millionen reguläre und dauerhafte Arbeit suchenden Menschen.

Arbeitsmarktexperten schlagen noch die sogenannte „stille Reserve“ dazu. Das sind Personen, die Arbeit suchen, aber nicht erfasst werden, weil sie z.B. keine Leistungsansprüche an die Agentur für Arbeit haben und sich deshalb dort auch nicht melden. Ihre Zahl wird auf etwa 1,8 Millionen geschätzt. Zusammen sind das 8,4 Millionen Menschen, die eine reguläre und dauerhafte Arbeit suchen.

Langzeitbetrachtungen, wie sie in der Grafik des *Handelsblatt* vom 3.2.05 dokumentiert sind, zeigen eine noch dramatischere Entwicklung: einen scheinbar unaufhaltsamen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1 bis 2 Prozent Anfang der 70er Jahre auf heute etwa 12 Prozent.

Solche Langzeitbetrachtungen helfen auch bei anderen Fragen, etwa zur Beurteilung der bei Unternehmern populären These, Lohnsenkung und der Abbau von Unternehmenssteuern führten zu mehr Wachstum. Diese aus der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung in die Gesamtwirtschaft übertragene Sichtweise ist zwar durch jahrelange und für das Wirtschaftswachstum offensichtlich folgenlose Anwendung eigentlich hinreichend diskreditiert. Sie findet aber dennoch immer noch erstaunlich viele Anhänger.

Auf der anderen Seite sind auch die Gewerkschaften keineswegs einig, weder bei der Beurteilung der Arbeits-

marktsituation noch bei der Frage, welche Reformen nötig sind. Dass erhebliche Reformen nötig sind, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, ist unbestritten. Aber schon bei der Frage, ob dafür auch wirtschaftliches Wachstum nötig und wünschenswert ist, geht der Krach los.

Weitere Beispiele lassen sich ergänzen. So verteidigt Wirtschaftsminister Clement die von ihm verfochtene „Agenda 2010“ mit der These, nicht diese Agenda sei skandalös, der Skandal sei vielmehr die hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Gewerkschaftsmitglieder, die der CDU/CSU nahe stehen, argumentieren ähnlich. Sie kritisieren zum Teil sogar die Agenda 2010, erklären aber zugleich, wichtiger als Kritik am Sozialabbau sei ihnen eine Politik, die zu mehr Wachstum führe. Mit dieser Prioritätensetzung begründen sie auch ihre Unterstützung konservativer Politik, ihre Wahlentscheidung, aber auch ihr Agieren in den Gewerkschaften.

Krach gibt es auch bei der Frage, welche Entwicklung der Klassen und Klassenstrukturen der Entwicklung am Arbeitsmarkt zugrunde liegt und welche Folgen diese Entwicklung hat. „Den Automobilarbeiter“ als typischen Vertreter der modernen Arbeit gibt es vermutlich nur noch in der Theorienwelt von Parteien wie der DKP oder der MLPD. Theorien über „Postfordismus“ und den „Informationsarbeiter“ als neuen Typus moderner Arbeit sind nicht weniger Ausschnittsbetrachtungen. Arbeitsmarktexperten sprechen lieber – und vermutlich auch zutreffender, wenngleich vage – von einer zunehmenden „Patchwork-Situation“ auf dem Arbeitsmarkt, d.h. einem „Fleckenteppich“ verschiedenster Jobs, Milieus und sozialer Zwänge.

Schon die Frage, was „reguläre Normalarbeit“ heute ist und in welchem Umfang sie in der Bundesrepublik durch prekäre Arbeitsverhältnisse in zwischen untergraben ist, ist wenig bekannt. Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden.

„Erwerbsquote“ im OECD-Vergleich niedrig

2003 lebten 82,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Davon waren laut Statistischem Bundesamt 42,1 Millionen „Erwerbspersonen“. Als Erwerbspersonen gelten dabei von abhängiger Arbeit lebende oder gesundheitlich dazu fähige Beschäftigte und Arbeitslose. Ebenfalls als Erwerbspersonen er-

fasst sind Selbständige, von der Ich-AG bis zum Millionär. Nicht erfasst ist in dieser Zahl die schon genannte „stille Reserve“. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung kommt die Bundesrepublik damit – je nachdem, ob die „stille Reserve“ einbezogen wird oder nicht – auf eine „Erwerbsquote“ von 51 bis 53 Prozent. Diese Quote gilt als Indikator für die anzustrebende Vollbeschäftigung und zur Messung der vorhandenen Unterbeschäftigung. Prognosen über ihre Entwicklung sind auch für die Frage wichtig, welche Finanzierungsbasis für die soziale Sicherung, z.B. für die Renten, in Zukunft zugrunde gelegt werden kann.

In Vergleichen der „Organisation für wirtschaftliche Entwicklung“ (OECD) verbreiteter ist die „Erwerbsquote“ von Personen im „erwerbsfähigen“ Alter, das heißt zwischen 15 und 64 Jahren. Dabei gelten als „Erwerbspersonen“ auch Personen, die in dieser Altersgruppe noch in der Schule, in einer beruflichen Ausbildung oder im Studium sind. Der OECD-Vergleich zeigt: Die „Erwerbsquote“ der Bundesrepublik stagniert seit langem und liegt deutlich unter der anderer OECD-Staaten.

Erwerbsquote bei Personen zwischen 15 und 64 Jahren

Land	1990	2003
Deutschland	64,1%	64,6%
Kanada	70,3%	72,1%
USA	72,2%	71,2%
Dänemark	75,4%	75,1%
Schweden	83,1%	74,3%
Finnland	74,1%	67,4%
OECD	65,1%	65,0%

Quelle: OECD Employment Outlook 2004, S. 294/295

Als Gründe für die niedrige Erwerbsquote der BRD gelten bei der OECD die schlechten Arbeitsmarktaussichten für Jugendliche, für Personen mit geringer Qualifikation, für Frauen und für Personen ab 50 Jahren. Zwischen den Parteien in der Bundesrepublik weitgehend unumstritten ist deshalb auch die These, dass Arbeitsmarktpolitik insbesondere darauf abzielen muss, die Erwerbsquote in diesen Problembereichen zu steigern. Über die Mittel, die diesem Ziel dienen und zudem sozial adäquat und vertretbar sind, streiten dagegen Parteien und Experten.

Zur Verdeutlichung, welche Folgen diese niedrige Erwerbsquote hat, hier nur ein Beispiel von mehreren: Gelänge es, die Erwerbsquote der Bundesrepublik auf die von Schweden oder Däne-

mark zu erhöhen, so könnten die Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung bei gleichem Leistungsniveau um 6 Prozent gesenkt werden, von jetzt knapp über 42% auf 36%. Davon kämen 3 Prozent den Lohnabhängigen direkt als steigendes Realeinkommen zugute.

Steigende Frauenbeschäftigung

Steigend ist dagegen seit langem die Beschäftigung von Frauen. Hier lag die BRD 1990 im OECD-Vergleich (wieder in der Altersgruppe 15 bis 64 Jahre) mit 52,2% noch unter dem OECD-Durchschnitt (52,5%). 2003 war die Frauenerwerbsquote auf 58,7% gestiegen, im OECD-Durchschnitt nur auf 55,3% (OECD-Employment Outlook 2004, S. 296/297). Auch hier lag die Bundesrepublik aber noch immer hinter der Frauenerwerbsquote in skandinavischen Ländern (Dänemark 70,5%, Schweden 72,8%, Finnland 65,7%), in der Schweiz (70,6%), den USA (65,7%) oder Großbritannien (66,4%).

Eine Konsequenz daraus ist die heute bis weit in die CDU/CSU hinein reichende Diskussion über den Ausbau von Kindergärten und Ganztagschulen und eine bessere Vereinbarkeit von Kindern und Beruf.

Eine andere ist das Antidiskriminierungsgesetz der Bundesregierung – gleichgültig, wie man seine Erfolgsaussichten und Inhalte bewertet. Denn auch der Anstieg der Frauenbeschäftigung spielt sich immer noch meist im Bereich prekärer Arbeit ab. Von den 6,9 Millionen Minijobbern Ende September 2004 zum Beispiel (Ende November 2004 war ihre Zahl bereits auf 7,9 Millionen gestiegen) waren 4,4 Millionen Frauen (Zahlen nach: www.minijobzentrale.de). Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung berichtet in einer im November 2004 vorgelegten Studie (ebenda) über Beschäftigte mit geringen Löhnen, definiert als „unter 60% des Medianlohns“, einen Anstieg der „Niedriglohnquote“ bei Männern von 8,4% (1984) auf 12,2% im Jahr 2002. Bei Frauen beziffert das RWI den Anteil der „Niedriglöhnerinnen“ in 2002 dagegen auf 22,4%, höher als 1984 und mehr als doppelt so hoch wie bei Männern.

Die Erklärung dafür liegt keineswegs nur in der immer noch verbreiteten Einstufung von Frauen als „Zuverdiener“ in Familien. Auch allein lebende Frauen verdienen in der Mehrzahl weniger als Männer. Wie prekär ihre Situation oft ist, zeigt eine Meldung des Statistischen Bundesamtes vom 7. Mai 2004. Danach arbeiteten im Sommer 2003 22% aller Frauen mit Kindern unter 18

Jahren, darunter viele Alleinerziehende, „ständig, regelmäßig oder gelegentlich“ an Sonn- und Feiertagen. In Ostdeutschland arbeiteten 49% aller Frauen mit Kindern unter 18 Jahren sogar regelmäßig an Sonn- und Feiertagen.

Wachsende Prekarität

Doch zurück zu allen Erwerbstätigen. Zieht man von den genannten 42,1 Millionen Erwerbspersonen die damals fast 4,2 Millionen Selbstständigen ab, so blieben im Jahr 2003 knapp 38 Millionen Personen, die von abhängiger Arbeit lebten oder als Erwerbslose solche Jobs suchten. Von diesen 38 Millionen Menschen hatten Ende November 2004 7,9 Millionen einen „Minijob“, zumeist für 400 Euro im Monat. Mit anderen Worten: Jeder fünfte Job in diesem Land ist inzwischen ein Minijob. Nicht alle, aber doch der weit überwiegende Teil hatte nur ihren Minijob und kein anderes Einkommen aus Arbeit.

Wer im Minijob arbeitet, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, ist also praktisch aus dem Schutz vor sozialer Not durch Arbeitslosigkeit ausgeschlossen, und fällt in so einem Fall sofort auf ALG II. Minijobber erzielen zudem durch ihre Rentenbeiträge für jedes Jahr im Minijob nur einen Anspruch auf etwa 5 Euro Rente pro Monat im Alter. Auch wenn Politiker behaupten, die wachsende Zahl der Minijobs sei ein Zeichen für die Zurückdrängung von Schwarzarbeit (was teilweise stimmen mag), so bleibt doch das Ergebnis: Minijobs sind ein sicheres Vorzeichen für spätere Altersarmut.

Zieht man die allein von einem sol-

chen „Minijob“ lebenden Personen von den 38 Millionen abhängigen Erwerbspersonen ab, verbleibenden derzeit etwas weniger als 32 Millionen „nicht selbstständige Erwerbspersonen“. Davon sind nun abzuziehen die offiziell Arbeitslosen – die schon genannten 5 Millionen, Stichtag Ende Januar 2005. Damit verbleiben etwa 27 Millionen Personen, die einer abhängigen, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen.

Rückläufige Sozialversicherungspflicht

Diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist seit mehreren Jahren rückläufig. Am 30.6.1996, knapp zwei Jahre vor dem Ende der Ära Kohl, gab es laut Statistischem Bundesamt noch 27,74 Millionen „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“. Mitte 2002, kurz vor der letzten Bundestagswahl, war ihre Zahl auf bereits 27,5 Millionen gesunken, d.h. eine knappe Viertelmillion weniger als 1996. Inzwischen hat sich der Abbau solcher Jobs anscheinend dramatisch beschleunigt. So meldet die Agentur für Arbeit Ende Januar 2005 nur noch 26,75 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Das waren 337.000 weniger als ein Jahr davor, also im Januar 2004, und 750.000 weniger als im Sommer 2002. Innerhalb von zweieinhalb Jahren ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten damit um 2,7 Prozent gesunken. Kein Wunder, dass sich Eichel und Gesundheitsministerin Schmidt Sorgen machen über die Entwicklung der Einnahmen für die Sozialversicherungen.

Wirtschaftsminister Clement betont

demgegenüber, 2004 sei erstmals seit mehreren Jahren wieder eine Erhöhung der Erwerbstätigenzahl gelungen. Abgesehen davon, ob das auf Politik und Gesetze oder auf Marktkräfte zurückgeht, steht eins fest: Dieser Anstieg der Erwerbstätigenzahl fand 2004 nur im Bereich der Minijobs und der Selbstständigen statt – bei letzteren fast ausschließlich durch die Zunahme staatlich geförderter, prekärer Ich-AGs.

Militärs und Historiker nennen so etwas einen „Pyrrhussieg“ – der makedonische König verlor in der Römerzeit trotz siegreicher Schlacht so viele Soldaten, dass er den Krieg einstellen musste. Das dürfte auch für Clement gelten. Noch mehr solcher Erfolge, und er kann gehen.

Wachsende Teilzeit und Armutslöhne

Nicht nur außerhalb, auch



Arbeitsmarktpolitik und „Zukunft der Arbeit“

Ein Beispiel für die Komplexität von Arbeitsmarktpolitik ist das Verhältnis zwischen Industrie und Dienstleistungssektor und die Erwartungen über deren Entwicklung. Vermutlich alle Mitglieder der Gewerkschaft ver.di, aber nicht nur diese, werden der These zustimmen, dass die Industriebeschäftigung in modernen Gesellschaften seit Jahrzehnten zurückgehe und dem Dienstleistungssektor die Zukunft gehört. Mal abgesehen davon, dass der Wechsel von industrieller Beschäftigung zu einem Job im Dienstleistungssektor vor allem bei ungelernten und angelernten Beschäftigten, bei Frauen und Migranten oft mit erheblichen Einkommensverlusten verbunden ist und damit auch erheblichen Sprengstoff birgt, wird diese These vom säkularen „Abbau der Industrie“ aber auch von prominenten Ökonomen bestritten. Der französische Nationalökonom Daniel Cohen etwa, Ende der 90er Jahre Mitglied des französischen Wirtschaftsrates und Berater von Premierminister Jospin, bestreitet diese These schlichtweg. In seinem Buch „Unsere modernen Zeiten, Fehldiagnose Ende der Arbeit“, erschienen 1999 im Cam-

pus Verlag, rechnet er Dienstleistungen, die schon immer Bestandteil der Produktion materieller Güter waren, wie z.B. Forschung und Engineering, Transport und Logistik, Kosten- und Absatzplanung, Werbung, Buchhaltung, Finanzdienste weiter zum „produzierenden Bereich“ und kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Anteil der Beschäftigten in diesem Bereich z.B. in Frankreich, Japan und den USA von 1920 auf 1990 – also in einem sehr langen Zeitraum – keineswegs verringert habe, sondern vielmehr erstaunlich stabil geblieben ist. Gesunken sei nur die Beschäftigung im Primärbereich, also im Bergbau und in der Agrarwirtschaft. Die gestiegene Produktivität der Arbeit habe nicht zu einem Rückgang der Beschäftigung im produzierenden Bereichs (in der oben beschriebenen, weitgespannten Definition) geführt, sondern zu mehr Produkten und damit einem höheren Lebensstandard. Der Bereich der Dienstleistungen (insbesondere öffentliche Dienste, Bildung, Gesundheitswesen usw.) habe den Rückgang der Beschäftigung im Primärbereich ausgeglichen. „Man kann also feststellen, dass der Anteil der Arbeit, der sich mit der Produktion von Gütern beschäftigt, unverändert geblieben ist, und der technische Fort-

schritt voll und ganz in das Wachstum der Produktionsmenge geflossen ist; ebenso richtig ist aber – wie dies teils die Theoretiker des Endes der Arbeit tun –, darauf hinzuweisen, dass sich die Arbeit des Menschen direkter dem Menschen selbst zuwendet.“ (ebenda, Seite 25)

Cohens Fazit: Die Zukunft gehöre dieser „Arbeit am Menschen“, d.h. insbesondere dem Bildungs- und Gesundheitsbereich. Dieses Fazit – für Cohen auch ein Beleg für, dass auch in Zukunft eine Steigerung des Lebensstandards möglich ist, nicht durch mehr Güter, sondern durch mehr „Arbeit am Menschen“ – passt interessanterweise auch zu den Theorien von Bourdieu über die wachsende Bedeutung von kulturellem und sozialem Kapital. Die Beschäftigung im Bereich der Industrie werde zwar vermutlich sinken, so Cohen, aber keineswegs in dem Ausmaß, in dem Verfechter der „Dienstleistungsgesellschaft“ das oft behaupten.

Daniel Cohen, Unsere Modernen Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt. Fehldiagnose Ende der Arbeit, Campus Verlag 2001, 152 Seiten, ISBN 3-593-36660-6, gebraucht lieferbar bei Amazon für 6,65 Euro.

innerhalb sozialversicherungspflichtiger Arbeit wächst das Ausmaß prekärer Jobs, von denen eine alleinstehende Person nicht menschenwürdig leben kann. So bezifferte das WSI, das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften, schon 1998 den Anteil der „Armutslöhne“ unter den sozialversicherungspflichtig und in Vollzeit Beschäftigten auf 2,5 Millionen. „Armutslohn“ bedeutet dabei: Bruttoeinkommen unterhalb von 50% des Durchschnitts. Das Brutto-Durchschnittseinkommen aller abhängig Beschäftigten – eine wichtige Größe auch für die Berechnung der „Rentenpunkte“ – lag 2004 bei 29.428 Euro. Das waren 2.452 Euro im Monat. „Armutslohn“ bedeutete also im letzten Jahr ein monatliches Brutto-Einkommen (bei Vollzeitarbeit!) von weniger als 1.226 Euro.

Auch die Teilzeitbeschäftigung steigt weiter: 4,3 Millionen Teilzeitbeschäftigte registrierte das Statistische Bundesamt Ende Juni 2003 allein unter sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – d.h. ohne „Minijobs“. Davon arbeiteten etwa 900.000 weniger als 18 Stunden in der Woche, 3,4 Millionen arbeiteten 18 Stunden und mehr. Etwa 60 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten (inkl. Minijobber) lebten im Mai 2003 überwiegend von ihrem Teilzeit-Einkommen. Für fast ein Viertel war der Unterhalt durch Angehörige (meist der berufstätige Mann) trotz Teilzeitlohn die wichtigste Ein-

kommensquelle. Ein Zehntel lebte überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe, besserte diese also durch einen Teilzeitjob nur auf 6% aller Teilzeitbeschäftigten lebten überwiegend von Rente oder Pensionszahlungen.

Mehr als die Hälfte aller Frauen in Ostdeutschland, die Teilzeit arbeiteten, wünschte sich einen Vollzeitjob (Statistisches Bundesamt, 14.10.2004). Mit insgesamt 14,2% unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten liegt die Bundesrepublik im Mittelfeld der 25 EU-Staaten. (Statistisches Bundesamt, 17.11.2004)

Ob nun freiwillig oder unfreiwillig: Zusammen mit den vom WSI genannten 2,5 Millionen „Armutslöhnern“ bei Vollzeit gehören die meisten Teilzeitbeschäftigten zu den Personen, die von ihrer Arbeit, wenn sie allein auf sich angewiesen sind, auf Dauer nicht menschenwürdig leben können. Direkt oder indirekt muss irgendwann, spätestens im Alter, staatliche Alimentierung oder Hilfe durch Verwandte hinzu kommen. Damit bleiben von den 26,75 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur etwa 20 Millionen übrig, die regelmäßig aus ihrer Arbeit ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze und jenseits von Teilzeitlöhnen beziehen.

15 Millionen Menschen mit „prekären“ Einkommen

Zusammen mit den jetzt gemeldeten 5

Millionen Arbeitslosen bedeutet das: Von den 38 Millionen abhängigen Erwerbspersonen beziehen fast 20 Millionen als „prekär“ einzustufende Einkommen. Zieht man davon die Arbeitslosen ab, bleiben Minijobber, Teilzeitbeschäftigte und „Armutslöhner“ – zusammen über 14 Millionen Menschen. Nur ein geringer Teil der Teilzeitbeschäftigten – Lehrer, andere akademische Berufe – dürfte Einkommen erzielen, bei denen staatliche Alimentierung, z.B. durch Wohngeld, nicht erforderlich und auch vom Gesetz ausgeschlossen ist. Selbst wenn man außerdem die etwa 2 bis 3 Millionen Personen streicht, die in Haushaltsgemeinschaft mit anderen Berufstätigen leben, so dass ihr Einkommen ein Zuschuss zum (nicht immer) ausreichenden Lohn des Hauptverdieners ist, bleibt unter dem Strich bei Einbeziehung der Arbeitslosen eine Zahl von vermutlich etwa 15 Millionen Menschen, deren Einkommen nach den Standards der EU oder internationaler Institutionen wie der ILO als „prekär“ einzustufen ist. Das sind fast 40 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen in der Bundesrepublik. Das klassische Industrieproletariat – also Arbeiter in Vollzeit im Bereich der gewerblichen Produktion – umfasst dagegen heute in der Bundesrepublik weniger als 8 Millionen Beschäftigte. Auch wenn hier sicher noch immer die größte Produktion von stofflichem Reichtum stattfindet – die

Bauwirtschaft, um einen anderen Bereich zu nennen, hat noch ca. 2 Millionen Beschäftigte – arbeiten in der industriellen Produktion nur noch halb so viele Menschen wie im Bereich prekärer Jobs.

Politikwende nicht in Sicht

Die Politik der rot-grünen Bundesregierung – erst recht seit Inangriffnahme der „Agenda 2010“ – aber auch der schwarz-gelben, 16 Jahre amtierenden Vorgängerregierung hat auf diese Entwicklung und die steigende Dauerarbeitslosigkeit im Prinzip immer nur mit einem Abbau sozialer Sicherungen, mit Lohnsenkung und Deregulierung geantwortet. Die Rutschbahn nach unten wurde immer steiler. Zu Recht kritisieren nicht nur die Gewerkschaften, dass ein solches Verfahren der Therapie eines Arztes gleicht, der seinen Patienten mit falschen Medikamenten behandelt. Statt zu untersuchen, warum das falsche Medikament nicht anschlägt, erhöht er immer nur die Dosis. Irgendwann dürften so behandelte Patienten sterben. Menschen, die in soziale Not gedrückt werden, sterben irgendwann auch. Vorher kämpfen viele, aber viele resignieren auch und verstummen. Der mit so einer Politik mindestens unterschwellig, wenn nicht sogar offen propagierte sozialdarwinistische Grundsatz „Nur der Starke überlebt“ dürfte einer der Gründe sein auch für das unerliche Aufkommen der NPD.

Trotzdem scheint auch die Debatte um die neuesten Arbeitslosenzahlen wieder nur die alten Rezepte zu reproduzieren. „Mit Mini-Jobs gegen Schwarzarbeit“ und „Rot-Grün will den Niedriglohnsektor ausbauen“ (*Spiegel Online*, 3.2.05) lauten die Schlagzeilen. Alles wie gehabt also. Hinweise, dass nach den PSA's, dem Jobfloater und den Vermittlungsgutscheinen nun als nächste Hartz-Erfindung die Ich-AG in die Pleitesteuert („Bruchlandung Ich-AG“, *Handelsblatt*, 28.1.05), werden ignoriert. Hauptsache, Deregulierung und Lohnsenkung gehen weiter. Die Regierung macht weiter wie bisher, die Unternehmen kassieren die steigenden Renditen, die Stagnation und damit verbundene Massenarbeitslosigkeit bleibt. Wenn es den Gewerkschaften und anderen linken Kräften nicht bald gelingt, diesen nun schon Jahrzehnte herrschenden Mainstream der Politik zu korrigieren und durch eine Politik von „Innovation statt Billiglohn“ zu ersetzen (Innovation nicht in dem elitären Sinn, wie die rot-grüne Regierung und die schwarz-gelbe Opposition sie definiert, sondern als eine breit angelegte Verbesserung des Qualifikationsniveaus aller Beschäftigten, mit der Folge der Ausbreitung neuer Produkte und Dienstleistungen), dann sind die Perspektiven finster.

rül

Eine politische Front gegen die Faschisten?

Die CSU schert aus

Die CSU versucht, geführt von Stoiber, eine Deutung der Wählerzustimmung für die Rechtsextremen, die als Antwort auf die wirtschaftspolitischen Misserfolge und die sozialpolitischen Zumutungen der Regierungspolitik aufgefasst werden soll. Stoiber äußert sich nicht mit dem Ziel, soziokulturelle Zusammenhänge nachvollziehbar aufzuklären. Er ist nicht Politikberater, sondern Politiker; er will gestalten, eine Diskussion auf die Schiene bringen usw. Was hat er genau gesagt? Worauf will er hinaus?

Eine jüngste einschlägige Äußerung in einem Interview des Münchner Merkur (8.2.05):

„Münchner Merkur: Sie machen die Regierung für das Erstarken der Rechtsradikalen verantwortlich. Wollen Sie damit die Umtriebe von NPD und DVU entschuldigen?

Stoiber: Nein ... Selbstverständlich müssen alle Demokraten gemeinsam gegen Extremisten gleichwelcher Couleur zusammenstehen und den Bürgern deutlich sagen, dass Extremisten wie die NPD keinerlei Rezepte gegen die hohe Arbeitslosigkeit haben. Gerade im Osten sind zunehmend junge Menschen arbeitslos. Wenn sie die Erfahrung machen, von der Gesellschaft nicht gebraucht zu werden, kann dies in den Protest führen. Damit werden jüngere Menschen letztlich auch anfälliger für extremistische Positionen.“

Die Antwort lässt sich in zwei Aussagen auflösen.

Vor allem geht es Stoiber darum, den Extremismus-Begriff aufzufrischen. Die Union sucht eine Form der Auseinandersetzung mit DVU und NPD, die auch die PDS einschließt. Die Links = Rechts-Fiktion hat in den letzten Monaten stark gelitten. Handgreiflich ist der Unterschied zwischen der auf Solidarität und Völkerverständigung basierten Kritik und Reformpolitik, die von der PDS repräsentiert wird, und den nationalistischen Umsturzvisionen der Nazis. Die Union steht vor einer Gewissensfrage. Soll sie diesen Unterschied zugeben, ja sogar machen, d.h. sich weiterhin und vermehrt einlassen auf Vereinbarungen und Bündnisse antifaschistischer Zielsetzung unter Einschluss der Linken, konkret der PDS? Stoiber will das nicht.

Eine solche antifaschistische Strategie wäre unter Bezug auf den christlichen Wertekanon – Stichwort Menschenwürde – möglich. Warum also nicht?

Zur Grundstruktur der Union gehört nicht nur der Bezug auf universale Werte wie Menschenwürde, sondern auch ein Konservatismus, der Kulturver-

ständnis im Nationalen gründet und, damit nicht genug, das staatliche Gewaltmonopol zur Wahrung der, wie das Fachwort lautet, angestammten Leitkultur verpflichtet sieht.

Diese Konstruktion schafft Brücken zwischen dem christlich-konservativen Lager und den völkischen Staatsvorstellungen der Nazis. Die Stoßrichtung der Kritik gegen „den Extremismus“ ermöglicht es, die Kritik an den Nazis so zu führen, dass der leitkulturelle Nationalismus nicht berührt wird.

Nun steht es leider fest, dass der Aufschwung der Nazis in den letzten zwei Jahrzehnten praktisch vor allem im Rahmen einer ausländerfeindlichen Kampagne stattfand, bei der es darum ging, durch Zuzugsbeschränkung und ausgrenzende Sozialgesetzgebung die Parole „Deutschland des Deutschen“ praktisch zu machen. In dieser Kampagne sind die Nazis erstarkt, und zwar, weil sie den Staat zum Handeln veranlassen konnten.

Gegenwärtig führen die Nazis eine Kampagne zur massenhaften Konstituierung völkischen Geschichtsbewusstseins, die mit der BRD-Staatspolitik korreliert, wo diese nach Revision der Nachkriegsordnung strebt. Der Eklat von Dresden hatte das erkennbare Ziel, die anderen Parteien auf diesem Gebiet zu stellen. Parallel führen die Nazis eine Sozialkampagne, die einerseits an der verfestigten Ausländerfeindlichkeit anknüpfen kann, andererseits aber eine Wendung gegen das international, im nationalen Sinne nicht verantwortlich agierende Kapital erlaubt.

Hier setzt nun Stoibers Wahlkampf an. Er sagt gleichzeitig, dass die Wählerzustimmung für NPD und DVU zurückgehen würde, wenn die Arbeitsmarktsituation besser wäre, er sagt zweitens, dass die Wirtschaftspolitik der Regierungsmehrheit an der schlechten Arbeitsmarktsituation schuld sei, und er sagt drittens, dass mit der Union eine Besserung eintreten würde. Diese aufeinandergetürmten Konjunktive dürften sich nicht dazu eignen, den Faschisten Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Gegenteil entwapfnet eine solche Argumentation, falls die Nachfrageschwäche auf dem Arbeitsmarkt noch einige Zeit anhält.

Dann kommt es nämlich darauf an, wie die Gesellschaft mit dem Problem umgeht unter Gesichtspunkten der Menschenwürde und ökonomisch unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Arbeitsvermögens dieser vielen Millionen Menschen. Stoibers Interpretation ist darauf berechnet, den Druck auf die Anbieter auf dem Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten. Die Verletzungen der Menschenwürde, die mit der so beschaffenen Sozialgesetzgebung verbunden sind, dienen den Faschisten auf zweierlei Weise: Vor allem dadurch, dass sie Menschenwürde zum Spielball

staatlichen Handelns machen, das nützt faschistischer Strategiebildung. Und dann durch die Angst, der sie das Erlösungsversprechen erfüllter Volksgemeinschaft entgegensetzen, was Anhänger locken mag. *maf*

Hohe Wahlbeteiligung im Irak

Der endgültige Untergang des Baath-Regimes

Bei Redaktionsschluss liegen die Endergebnisse der Wahlen im Irak¹ noch nicht vor. Trotzdem lassen sich eindeutige Schlussfolgerungen ziehen.

Die Wahlbeteiligung hat alle Erwartungen übertroffen. Gegenwärtig schätzt man, dass rund acht Millionen der 14,2 Millionen registrierten Wahlberechtigten gewählt haben, das bedeutete eine Wahlbeteiligung von knapp 60%.² Das ist angesichts der Tatsache, dass die Wahlen unter der Besatzung stattfanden, dass sieben sunnitische Parteien zum Wahlboykott aufgerufen und Untergrundorganisationen Anschläge auf Wahllokal angekündigt hatten und auch durchführten, außerordentlich hoch. Der britische Journalist Robert Fisk, der in den vergangenen Jahren zahlreiche kritische Reportagen aus dem Irak publizierte, beschrieb die Szenen des Wahltags in Bagdad: „Überall in Bagdad der gleiche Anblick. Ganze Familien, die geschlossen zum Wahllokal marschieren, während rundum die Explosionen donnern. Schon kurz nach Eröffnung der Wahllokale waren in der Stadt 30 Explosionen zu hören – in weniger als zwei Minuten. Dennoch strömten die Menschen wie beim Familienausflugtag.“³ Besonders hoch war die Wahlbeteiligung im Süden, wo mehrheitlich Schiiten leben, und in den kurdischen Gebieten im Norden. Insgesamt gab es jedoch kaum Gebiete, in denen überhaupt nicht gewählt wurde. Jedenfalls wurden in 5.101 der insgesamt 5.232 Wahllokalen Stimmen abgegeben.

Die Strategie des bewaffneten Widerstands, sowohl baathistischer wie religiös-fundamentalistischer Gruppierungen, hatte darauf gezielt, zu Wahlen zu einer Farce werden zu lassen. Das ist nicht gelungen. Im Gegenteil wirft die hohe Wahlbeteiligung ein Licht darauf, dass der bewaffnete Widerstand keine breite Basis in der irakischen Bevölkerung hat. Das wird, wie die Ereignisse nach den Wahlen zeigen, die Anschlagstätigkeit nicht beenden, vielleicht auf lange Sicht nicht. Trotzdem liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das Baath-Regime mit den Wahlen definitiv unter-

gegangen ist und dass auch eine bestimmte Phase des Kampfs gegen die Besatzung vorbei ist und die entscheidenden Auseinandersetzungen auf dem politischen Feld fallen werden.

Umgekehrt können die Besatzungsmächte, v.a. die USA, nämlich nicht unbedingt Honig aus dem Wahlereignis saugen. Nach Auszählung von mehr als einem Drittel der Stimmen deutet sich an, dass der von den USA eingesetzte Ministerpräsident Allawi mit 19% weit abgeschlagen ist. Die vom schiitischen Großayatolla Sistani geförderte schiitische Liste Vereinigte Irakische Allianz liegt demnach mit rund 70% vorne.⁴ Da zu dem Zeitpunkt noch keine Ergebnisse aus dem überwiegend kurdischen Norden – hier traten die beiden großen kurdischen Parteien KDP und PUK mit einer gemeinsamen Liste an – und aus den sunnitischen Gebieten vorliegen, wird sich noch einiges ändern, wahrscheinlich jedoch nicht für Allawi.

Sollte sich die Tendenz der ersten Zwischenergebnisse bestätigen, kann die Kriegskoalition die Wahlen nicht als Legitimation von Krieg und Besatzung interpretieren, auch wenn sie das sofort versuchte. Es ist daran zu erinnern, dass die USA die Wahlen zunächst nicht hatten durchführen, sondern erst eine Verfassung hatten ausarbeiten lassen wollen. Dass erst gewählt wurde und dann die gewählte Nationalversammlung die Verfassung ausarbeitet, geht auf den Druck der schiitischen Parteien zurück.⁵ Dieser Ablauf stärkt die Souveränität der Irakis und mindert die Rolle der Besatzungsmächte bei der Ausarbeitung der Verfassung.

Auf irakischer Seite kommt nun viel darauf an, ob es gelingt, auch die sunnitischen Parteien in den Prozess der Verfassungsgebung einzubinden und zu einer Verfassung zu kommen, die die Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten aller im Irak Lebenden gewährleistet.

Die USA haben nach den Wahlen zwar vage den Rückzug ihrer Truppen in Aussicht gestellt, aber keinen Zeitplan vor-

gelegt. In den nächsten zwei Jahren würden die US-Truppen auf jeden Fall im Irak bleiben, hört man von Rumsfeld. Aber die Entscheidung über den weiteren Kurs der Weltmacht im Nahen und Mittleren, darüber, ob sich die USA militärisch tatsächlich zurückziehen oder ob sie den Kurs der gewaltsamen imperialen Neuordnung fortsetzen, dürfte wohl eher fallen, und sie wird sich darin niederschlagen, ob die USA militärische Schläge gegen den Iran vorbereiten und führen. In seiner Rede zur „Lage der Nation“ am 2.2. hat Bush die Drohungen gegen namentlich Syrien und vor allem den Iran erneuert, gegenüber den vergangenen Wochen aber nicht verschärft, was viele erwartet hatten: „Um Frieden im Nahen und Mittleren Osten zu fördern, müssen wir Regime konfrontieren, die Terroristen weiterhin Zuflucht gewähren und den Besitz von Massenvernichtungswaffen anstreben. (...) Der Iran ist heute der Hauptsponsor des Terrors auf der Welt – er strebt den Besitz von Atomwaffen an und beraubt sein Volk der Freiheit, die es sich wünscht und verdient. (...) Zu den Iranern sage ich heute Abend: Wenn Sie für Ihre eigene Freiheit eintreten, stehen die Vereinigten Staaten an Ihrer Seite.“⁶

US-Außenministerin Rice erklärte auf ihrer Europa-Reise, die USA planten „derzeit“ keine Militäraktion gegen den Iran. Rumsfeld hob hervor, der Iran sei noch „Jahre“ von Atomwaffen entfernt, und Vizepräsident Cheney lobte die Verhandlungen der EU mit dem Iran als Versuch, den Konflikt friedlich zu lösen, was von den USA unterstützt werde.⁷ Es sieht so aus, dass die USA einen Alleingang möglichst vermeiden wollen. Viel, sehr viel hängt davon ab, für die Region und die Entwicklung der internationalen Beziehungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, ob die europäischen Mächte in ihren Verhandlungen mit dem Iran eine Lösung anstreben und anbieten, die allen Beteiligten Vorteile bringt. Andernfalls droht die Ausweitung des Krieges – unter Beteiligung der EU. *sc*



1 Die Auszählung dauert auch deshalb lange, weil es 20 unterschiedliche Ergebnisse geben wird: Gewählt wurde die Nationalversammlung, das kurdische Autonomieparlament sowie 18 Regionalräte der Provinzen.

2 Leider sind die Zahlenangaben über den Irak sehr widersprüchlich, die Angaben über die Bevölkerung schwanken zwischen 23 und 25 Millionen. Es gibt Schätzungen, dass es ca. 15 Millionen Wahlberechtigte gibt; danach hätte sich eine überwältigende Mehrheit registrieren lassen. Außerdem gibt es mehrere hunderttausend, wahrscheinlich rund 1 Million wahlberechtigte Exiliraker.

3 ZNet, The Star, 31.1.05, Robert Fisk, Wahlen im Irak: Triumph und Tragödie

4 Div. Nachrichtenagenturen am 4. und 5.2. NZZ am Sonntag, 7.2.

5 Siehe u.a. FAZ, 3.2. und ausführlicher Thomas Pany, Telepolis, 1.2.

6 Dokumentiert unter: www.friedensratschlag.de 7 Netzeitung, 7.2.



Mehrere hunderttausend Menschen – die französischen Zeitungen nennen Zahlen von 300.000 bis 600.000 – demonstrierten am 5. Februar in rund 140 französischen Städten gegen die von der Regierung Raffarin geplante „Flexibilisierung“ der 35-Stundenwoche. Die 35-Stundenwoche war erst Anfang 2000 von der damaligen sozialistischen Regierung Jospin eingeführt worden und ist seither durch mehrere Gesetze immer weiter ausgehöhlt worden. Jetzt will die Regierung die Möglichkeit schaffen, die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 48 Stunden zu erhöhen. Zu den Demonstrationen hatten alle Gewerkschaftsbünde aufgerufen. Bereits vor 14 Tagen hatte sich rund 1,3 Millionen Lehrer und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an Streiks gegen Stellenstreichungen die Abschaffung der 35-Stundenwoche beteiligt. (Quelle: Indymedia, Bild: Indymedia Nantes)

Israel: Generalstaatsanwaltschaft stoppt Enteignungen

Der israelische Generalstaatsanwalt Mazuz hat die Anweisung gegeben, die Inkraftsetzung des „Gesetzes der Besitztümer von Abwesenden“ zu stoppen. Das Gesetz stammt aus dem Jahr 1950 und ermöglichte die Enteignung von Palästinensern, die außerhalb des israelischen Territoriums lebten, d.h. der palästinensischen Flüchtlinge. Ihr Landbesitz wurde zunächst treuhänderisch verwaltet und später dem Jüdischen Nationalfonds übergeben, seine Nutzung durch Nicht-Juden war ausdrücklich untersagt. Nach dem Krieg im Juni 1967 annektierte Israel das östliche Jerusalem. Allerdings wurde das Gesetz bis jetzt nicht auf Ostjerusalem ausgeweitet. Palästinensische Quellen geben jedoch an, dass über 40% dieses Landes seit 1967 von Israel konfisziert wurden und weitere über 40% von Palästinensern nicht bebaut werden dürfen. Nun hat die israelische Regierung mit Beschluss vom Juli 2004 jedoch begonnen, den Verkauf oder Gebrauch ohne jede Einschränkung vorzunehmen, trotz UNO-Resolutionen und trotz des von Israel unterzeichneten Osloer Abkommen, demzufolge in Ost-Jerusalem keine Veränderungen vorgenommen werden dürfen, bis der Status der Stadt in den Endstatusverhandlungen geklärt ist. Hinzu kommt, dass durch den Bau der Mauer um Westjordanland zahllosen Bauern der Zutritt zu ihrem außerhalb der Anlagen gelegenen Land verwehrt wird. Sie alle sind durch die im

letzten Jahr eingeleitete Enteignungswelle bedroht, die der israelische Generalstaatsanwalt nun erst einmal gestoppt hat. Dieser machte geltend, dass die Ausweitung des Gesetzes auf Israel zahlreiche juristische Probleme schafft, „sowohl solche, die den Inhalt des Gesetzes und dessen Inkraftsetzung unter den gegebenen Umständen betreffen, als auch solche, die Aspekte der Verpflichtungen des Staates Israel entsprechend den Regeln des internationalen Wohnheitsrechts, die nach israelischem Recht gültig und verpflichtend sind, betreffen. In erster Linie muss der Staat die Besitzrechte der Bewohner des Gebietes, das sich in seinen Händen befindet, achten.“ Außerdem machte er geltend, dass er nach dem Gesetz den Enteignungen zustimmen müsse. (Quelle: hagail, Botschaft des Staates Israel, Telepolis)

Selbstbestimmungsrecht für die Labrador-Inuit (Kanada)

Mit der Unterzeichnung des Abkommens für die Labrador-Inuit erhält die letzte Gruppe der Inuit in Kanada nach über 30 Jahren Verhandlungen die Hoheit über ihr Siedlungsgebiet. Die 5.300 Labrador-Inuit nehmen jetzt auf 72.500 qkm, von denen 15.800 qkm ganz in ihr Eigentum übergehen, ihre Selbstverwaltung in die Hand. Die Inuit-Regierung wird Befugnisse in den Bereichen Kultur, Sprache, Bildung und Sozialdienste haben. Kanada hat sich verpflichtet, die Selbstverwaltung bis 2020 mit umgerechnet 87 Mio. Euro zu un-

terstützen und für die Umsetzung des Landrechte-Abkommens weitere 93 Mio. Euro bis 2015 bereitzustellen. Die Probleme, mit denen die Selbstverwaltung konfrontiert ist, sind allerdings groß. In vielen Gemeinden herrscht akute Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskosten sind hoch, auch die Verbreitung von Drogen und die Selbsttötungsrate. (Quelle: FR, 3.2.)

„Es liegt in unserer Verantwortung, das Bush-Regime zu stoppen“

Über 9000 Menschen, darunter zahlreiche Persönlichkeiten unterschiedlichster Bereiche des öffentlichen Lebens, unterzeichneten in Anknüpfung an einen ähnlichen Aufruf aus dem Sommer 2002 eine Anzeige, die am 23.1. in der New York Times veröffentlicht wurde unter dem Titel: „Nicht in unserem Namen“. Darin wenden sie sich gegen den Irak-Krieg und die Besatzung, gegen Folter, die Entrechtung der amerikanischen Bürger und insbesondere der Araber, Muslime und Südasiaten in den USA, gegen die Drohungen gegen Nordkorea und Iran und dagegen, dass die Bush-Regierung christlichen Fundamentalismus zur Regierungsgrundlage macht. Die Unterzeichnenden, darunter zahlreiche bekannten Intellektuelle und Bürgerrechtler, kündigen ihren Widerstand gegen die zweite Amtszeit an. „Es liegt in unserer Verantwortung, das Bush-Regime zu stoppen, seinen katastrophalen Kurs weiterzuführen.“ (Vollständige Veröffentlichung unter: www.friedensratschlag.de)



Über 5000 Menschen demonstrierten am 4.2. in New York für bezahlbare Wohnungen. Aufgerufen hatte ein Bündnis von über 60 Organisationen aus den verschiedenen Gemeinden, von Rechtsanwälten, Gewerkschaften, AIDS-Gruppen usw. Sie forderten, dass die Einkünfte der Stadt aus einem bestimmten Fonds (Battery Park City) zur Finanzierung bezahlbaren Wohnraums verwendet werden und die Stadt die Entwicklung der Mieten kontrolliert und bei der Stadtentwicklung Gebiete für bezahlbares Wohnen einplant. (Quelle: Indymedia New York)

Zusammenstellung: scc

KIEL. Am 29. Januar 2005 wollten militante Neonazis aus sogenannten freien Kameradschaften zusammen mit der NPD durch Kiel marschieren. Allen Versuchen von Stadt und Polizeiführung zum Trotz, die antifaschistische Demonstration gegen den Aufmarsch zu diskreditieren, versammelten sich am Samstag fast 10.000 Menschen. Die Oberbürgermeisterin hatte zuvor aufgerufen, den „linken und rechten Extremisten“ keine Beachtung zu schenken und „beiden Demonstrationen“ fernzubleiben. Das Gegenangebot einer „garantiert friedlichen“ Demonstration vom Landeshaus zur Nikolaikirche, an der die SpitzenpolitikerInnen aller Landtagsparteien teilnehmen würden (und nach deren Ende um 11 Uhr alle nach Hause gehen sollten), sollte den Runden Tisch in Misskredit bringen und die Beteiligung an der um 11.30 Uhr auf dem Wilhelmplatz beginnenden Demonstration gering halten. Es hat alles nicht genutzt. Nachdem den 250-300 Nazis der erste Teil ihrer Route von Seiten der Polizei zunächst freigemacht schien, kam es dennoch immer wieder zu Blockaden und Blockadeversuchen auf der Strecke. So wurde schließlich die ursprünglich genehmigte Route geknickt und die Nazis auf kurzem Weg zum Bahnhof zurückgeleitet. Während die Nazis auf ihren Zug nach Hause warteten, versammelten sich bereits noch einmal etliche AntifaschistInnen zu einer gemeinsamen Abschlusskundgebung auf dem Europaplatz. Es kam im Laufe des Tages mindestens zu 55 Gewahrsamnahmen. www.kiel-over.tk



Gedenktag 27. Januar – Herbe Kritik am Verhalten der Stadt Göttingen

GÖTTINGEN. An den Vorbereitungen für Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus haben sich am 1. Februar 2005 25 Personen aus Kirchen, Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden getroffen. Beteiligt sind dabei u.a. der DGB, die Jüdische Gemeinde, die Ev. Kirche, die Geschichtswerkstatt Göttingen, die KZ-Gedenkstätte Moringen, das Jüdische Lehrhaus, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die VVN und Basisinitiativen. In Planung ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen rund um den 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vor 60 Jahren, die gemeinsam beworben und der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.

Heftige Kritik wurde in diesem Zusammenhang einhellig am Verhalten der Stadt Göttingen geäußert: Während weltweit, europaweit, deutschlandweit und in vielen Gemeinden am 27. Januar des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz gedacht und an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert wurde, hätten sich Stadtspitze und der Rat der Stadt durch Ignoranz und Abstinenz ausgezeichnet. Während in Hann. Münden und in Northeim die Bürgermeister Kränze niedergelegt hätten, z.T. von Veranstaltungen begleitet, sei aus Göttingen nicht einmal ein Laut zu vernehmen gewesen. Sebastian Wertmüller vom DGB: „In einer Zeit, in der alle Welt vom Wiedererstarken der Nazis in Deutschland spricht, in der aus guten Gründen des Holocaust gedacht wird, hat eine Stadt wie Göttingen die moralische Verpflichtung mehr zu tun, als seine Hausmeister mit der Trauer-

beflagung zu beauftragen!“ Diese Untätigkeit sei fatal und kein gutes Vorzeichen mit Blick auf kommende Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus und faschistischen Parteien.

Mit den Veranstaltungen rund um den Jahrestag der Befreiung versuche man als „Bürgerinitiative“ nötige Impulse in Richtung auf Aufklärung und Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus zu geben. Stadtspitze, Stadtverwaltung und Rat müssten ebenfalls ihren Teil dazu beitragen.

www.dgb-suedniedersachsen-harz.de

Deutsche Bahn soll Ausstellung über Todestransporte ins KZ zulassen

HAMBURG. Nach mehreren Aktionen von Antifaschisten am 27.1.2005 in Bahnhöfen, wie Hamburg (siehe Bild), Frankfurt/Main, Leipzig, Dresden und Wuppertal, und einer Unterschriftenliste an die Deutsche Bahn AG kommt diese nun unter starken Druck. Die Konzernleitung hatte die Ausstellung von Fotos und Dokumenten über die Todestransporte von 11.000 französischen Kin-

dern, die auf dem deutschen Schienennetz der Ermordung zugeführt worden waren, auf sämtlichen Personenbahnhöfen der Bundesrepublik untersagt. Gegen das Verbot protestieren inzwischen über 200 Personen und Organisationen in einem „Offenen Brief“. In der deutschen Presse heißt es, das Verhalten der DB AG offenbare eine „armselige“ Einstellung zur eigenen Geschichte. Das Unternehmen müsse „Farbe bekennen“. Prof. em. Dr. Wolfgang Popp (Universität Siegen), einer der Initiatoren des „Offenen Briefes“, fordert die Bahn AG auf, bis spätestens zum 8. Mai ihre Bereitschaft zur bundesweiten Präsentation der Ausstellung über das Schicksal der 11.000 Kinder erklären. Der offene Brief und weiteres Hintergrundmaterial ist zu finden unter:

www.german-foreign-policy.com/elf-tausendkinder/index.html

Will die Landesregierung bei Opfern rechtsextremer Gewalt sparen?

POTSDAM. Die Brandenburger Landesregierung will für Opfer rechtsextremer Gewalt keinen Cent mehr ausgeben. Der Verein Opferperspektive, der seit vielen Jahren Opfern rechter Gewalt hilft, soll nicht mehr unterstützt werden. Bisher hatte das Land mit 32.000 Euro zwölf Prozent der Kosten getragen. Der Verein, der mehrfach für seine Arbeit ausgezeichnet wurde, muss jetzt um seine Existenz kämpfen. „Die Politik der Landesregierung ist verantwortungslos gegenüber den Opfern menschenverachtender Gewalt. Die Menschen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus engagieren, werden allein gelassen“, so Judith Porath, Geschäftsführerin der Opferperspektive. Von den am 3.2.2005



bekannt gewordenen Kürzungen sind auch das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg und das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit betroffen, dem sämtliche Fördermittel für Projekte im Land gestrichen werden. Die Ausländerbeauftragte soll überhaupt kein Geld mehr für Maßnahmen gegen Rassismus erhalten. Stattdessen hat der Ministerpräsident einen Lottomittel-Fonds gegen Rechtsextremismus angekündigt. Ob die Opferperspektive daraus gefördert werden wird, ist völlig unklar. Noch im Koalitionsvertrag hatten SPD und CDU den Rechtsextremismus als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe definiert.

Noch nie wurden nach Zählungen der Opferperspektive so viele Menschen Opfer rechter Gewalt wie 2004; das Innenministerium bestätigt die Zunahme der Gewalttaten. Denjenigen zu helfen, die der Gewalt zum Opfer fallen, ist elementar im Kampf gegen Rechtsextremismus. www.opferperspektive.de

Erfolgreicher Start der Kampagne „Aufmucken gegen Rechts“

PIRNA. Mit einem Konzert vor 250 BesucherInnen startete die Kampagne „Aufmucken gegen Rechts“ am 22.01.2005 erfolgreich in der Sächsischen Schweiz. Während des Konzertes erschienen gegen 23.45 Uhr ca. 20 Neofaschisten aus dem Umfeld der verbotenen Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz, um gegen das Konzert zu protestieren. Die Besonnenheit der KonzertbesucherInnen auf diese Provokation der extremen Rechten und die schnell eintreffende Polizei verhinderte zu diesem Zeitpunkt Schlimmeres. Die Polizei genehmigte den Neofaschisten eine Kundgebung vor dem Jugendhaus HANNO für die Dauer von 15 Minuten bis 0.20 Uhr. Die Sprecherin der Veranstaltung, Dana Michaljewski, erklärt dazu folgendes: „Das Auftauchen der Neofaschisten und die Kundgebung vor unserem Konzert zeigt wieder einmal deutlich, dass antifaschistisches Engagement, gerade in Hochburgen der extremen Rechten, wie der Sächsischen Schweiz, heutzutage mehr als notwendig ist, um eine alternative und selbstbestimmte Jugendkultur zu etablieren!“

Unter dem Namen „Aufmucken gegen Rechts – Bewegung dich, damit sich was bewegt!“ hat [solid] – die sozialistische Jugend in enger Kooperation mit der Gewerkschaftsjugend, der PDS-Jugend, der Hans-Böckler-Stiftung sowie zahlreichen regionalen Verbänden und Vereinen die Initiative ergriffen, um bundesweit eine antifaschistische Offensive gegen rechte Jugendkultur zu starten. Hintergrund ist die geplante bundesweite Verteilung der sogenannten Schulhof-CD durch Naziorganisationen im vergangenen Jahr. Mit dieser

CD sollten Jugendliche an rechte Propaganda auf musikalische Weise herangeführt werden, um sie langfristig an die rechte Szene und an Naziorganisationen zu binden. Dieses CD-Projekt wurde von der sächsischen NPD im Landtagswahlkampf kopiert und findet mittlerweile mehrere Ableger bei anderen Musikvertrieben der extremen Rechten.

Infos zu „Aufmucken gegen Rechts“ unter: www.mucke-gegen-rechts.de

Online-Demo gegen das Abschiebe-geschäft der Lufthansa vor Gericht

FRANKFURT/MAIN. Im März 2001 begannen die Initiativen „Libertad!“ und „Kein Mensch ist illegal“ mit der Mobilisierung zu einer Online-Demo im Zusammenhang mit der deportation.class-Kampagne gegen das Lufthansa-Abschiebe-geschäft. Unterstützt und zur Aktion aufgerufen wurde von rund 250 Gruppen und Einzelpersonen aus den Bereichen der Menschenrechtsarbeit, der Asylpolitik, von Gewerkschaften und NGO's. Am 20. Juni 2001, am Tag der Hauptversammlung der Lufthansa AG in Köln, war es soweit: Mehr als 10.000 TeilnehmerInnen brachten mit ihren Zugriffen auf die Lufthansa-Webseite den digitalen Kranich ins Wanken, die Seite war zeitweise lahmgelegt. Am 28.12.2004 hat nun die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main Anklage beim Amtsgericht gegen den Anmelder der Internet-Domains „www.libertad.de“ und „www.sooderso.de“ erhoben, da er „durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat – Nötigung gemäß §240 StGB – aufgefordert“ habe. Dazu erklärt libertad: „Politisch und moralisch souverän blicken wir einem Prozess entgegen, der für die Lufthansa AG nur mehr Peinlichkeiten an die Öffentlichkeit tragen wird, als dies vor und während der Online-Demo bereits der Fall war ... Das World Wide Web ist ein öffentlicher Raum. Wir werden auch in Zukunft zu den neuen Protest- und Widerstandsformen im Internet aufrufen und uns an ihrer Organisation beteiligen!“ www.libertad.de

Studierende demonstrieren gegen Urteil des Bundesverfassungsgerichts

BERLIN. Rund 30.000 Menschen haben am 3.2.2005 in Berlin, Mannheim, Leipzig, Essen und Hamburg gegen die Einführung von Studiengebühren und für studentische Mitbestimmungsrechte demonstriert. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur 6. HRG-Novelle hat die Auseinandersetzung um die Zukunft der Hochschulen eine neue Qualität erreicht. „Die hohe Beteiligung zeigt, dass Studierende klar hinter der Forderung nach einem gebührenfreien Studium stehen“, so Stefanie Geyer vom bundesweiten Studierendendachverband fzs. Auf allen fünf Demonstrationen

unterstrichen die Rednerinnen und Redner aus Gewerkschaften, Schulen, Hochschulen und sozialen Initiativen die gemeinsame Forderung nach einem offenen Bildungszugang.

Für das Sommersemester erwartet der fzs weitere Proteste. „Gemeinsam mit BündnispartnerInnen werden wir uns lautstark für eine soziale und demokratische Gestaltung der Bildung einsetzen“, so Stefanie Geyer. Einige Hochschulen planen bereits im Sommersemester zu streiken. www.fzs-online.org

Attac-Aktion für Entschuldung vor G7-Finanzministertreffen

BERLIN. Mit einer Aktion vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin am 3.2.2005 hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac im Vorfeld der G7-Finanzministertagung den Forderungen nach einer umfassenden Entschuldung der Entwicklungsländer Nachdruck verliehen. Mit riesigen Säulen zeigten Attac-Mitglieder auf, dass die Kosten für eine Entschuldung im Vergleich zu anderen Haushaltsposten gering sind. Ein über 20 Jahre gestreckter Erlass aller Schulden von Entwicklungsländern gegenüber der Bundesrepublik würde den Bund nach Berechnung von Attac im Jahr 1,7 Mrd. Euro kosten. Auch wenn dies nach einer hohen Summe klingt, so ist es doch immer noch deutlich weniger als die 3,7 Mrd. Euro, die der Bund jedes Jahr nur für Autobahnen ausgibt, oder die 4 Mrd. Euro für die Subvention von Pendlern



durch die Entfernungspauschale und auch weniger als die 2,3 Mrd. Euro, die den Besserverdienenden an Steuergeschenken allein durch die letzte Stufe der Steuerreform 2005 gemacht wurden.

www.attac.de

Zusammenstellung: baf

Mehr oder weniger Demokratie?

Volks- und Bürgerentscheide etablieren sich in der BRD als Mittel zur Korrektur parlamentarisch-repräsentativer Fehlentscheidungen. Schon die bloße Existenz des Verfahrens zwingt die Behörden, strittige Projekte argumentativ zu unterfüttern. In öffentlicher Diskussion kann ausgelotet werden, wie die geplanten rechtlichen und oft auch sachlichen Veränderungen die Arbeits- und Lebensbedingungen beeinflussen würden. Für die Klassen und Institutionen, die Reichtum und Wirtschaftskraft repräsentieren, bedeutet dies, dass sie ihre Pläne und Anforderungen öffentlich begründen müssen. Parallel zu den Vorgängen auf dem Arbeitsmarkt sind daher Tendenzen zu beobachten, Entscheidungen durch Volksabstimmungen zu erschweren oder wenigstens nicht auszubauen. Wir dokumentieren Berichte von Auseinandersetzungen in Stuttgart und in Hamburg.

Stuttgart

Gemeinderat und Bürgerentscheid Ja, vielleicht, im Sommer ...

Rund zweihundert Zuhörerinnen und Zuhörer waren zur Sitzung des Gemeinderats am 20. Januar gekommen. In ihrer überwiegenden Zahl wollten sie damit den Bürgerantrag unterstützen, mit dem mehr Themen für Bürgerentscheide zugänglich gemacht werden können.

In erfreulicher Abweichung von seinen sonstigen Gewohnheiten hatte Oberbürgermeister Schuster der Diskussion breiten Raum eingeräumt und reagierte auch gelassen auf die zahlreichen und zum Teil lautstarken Meinungsäußerungen aus dem Publikum.

Zunächst konnten die Antragsteller ausführlich begründen, warum sie den Bürgerantrag einbringen. Martin Zeiss von Attac begründete aus allgemeiner Sicht, warum mehr Bürgerbeteiligung dringend nötig ist. Bernd Riexinger von der Gewerkschaft ver.di legte vor allem dar, dass so weitreichende Entscheidungen, welche Dienstleistungen die Stadt in eigener Regier erbringt oder an Private vergibt, nicht nur von den Gemeinderäten getroffen werden sollen, sondern dass die direkte Beteiligung der Einwohner der Stadt wichtig ist.

Der OB verwies in seinem Beitrag auf die Diskussion im Landtag über die Gemeindeordnung. Er hoffe, dass statt des jetzigen Positivkatalogs von Themen (was ist überhaupt erlaubt für einen Bürgerentscheid) ein Negativkatalog beschlossen werde (welche Themen sind ausgenommen) und dass dieser Negativkatalog klein sein werde. Während CDU, Freie Wähler und FDP ihre Skepsis gegenüber Bürgerentscheiden nicht beiseite legten, ohne direkt dagegen zu polemisieren, bekräftigten SPD, Grüne ebenso wie PDS und SÖS ihre grundsätzliche Zustimmung zum Bürgerbegehren (zu den taktischen Wendungen siehe Beitrag der PDS-Stadträtin).

Unangenehm war, dass Stadtrat Schlierer von den REP für seine demagogische Unterstützung auch noch Beifall aus dem Publikum erhielt. Vermutlich vergaßen einige, dass die Rechten

Bürgerentscheide für ausländerfeindliche und rassistische Mobilisierungen nutzen wollen.

Die Entscheidung, bis zum Sommer eine endgültige Entscheidung über die Änderung der Hauptsatzung mit eventuell mehr Möglichkeiten zum Bürgerentscheid zu vertragen, stieß bei den Initiatoren auf gemischte Gefühle. Immerhin besteht noch Hoffnung auf eine positive Entscheidung. Immerhin erhielt auch der Antrag der PDS-Stadträtin Ulrike Küstler, dem Bürgerbegehren zuzustimmen, vier Stimmen: neben Johannes Rockenbach von SÖS stimmten auch zwei SPD-Gemeinderäte dafür. (alk)

Im folgenden dokumentieren wir den Beitrag der PDS-Gemeinderätin nach ihrem Manuskript:

Wer hat Angst vor den Bürgern?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Antragstellerinnen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte ich bisher keinen eigenen Antrag gestellt. Die PDS – offene Liste hat in ihrem Kommunalwahlprogramm die Forderung erhoben, die Hauptsatzung der Stadt Stuttgart für mehr Bürgerentscheide zu öffnen und die PDS unterstützt auch schon viele Jahre die Forderung von Mehr Demokratie e.V., die Gemeindeordnung hier zu reformieren. Nachdem nun ein Antrag aus der Einwohnerschaft vorliegt, unterstütze ich dies selbstverständlich. Gestern morgen konnte ich noch davon ausgehen, dass es richtig ist, den Antrag der SPD zu unterstützen, der auch von den Antragstellern als der beste angesehen wurde.

Leider haben gestern die Fraktionen im Verwaltungsausschuss einstimmig beschlossen, den Bürgerantrag abzulehnen, und stattdessen beschlossen, einen Unterausschuss des Verwaltungsausschusses einzurichten. Damit haben SPD und Grüne sie zwar keine kom-

plette Kehrtwendung, aber einen heftigen Schwenk gemacht. Immerhin ist in der Sache ein winziger Schritt vorwärts getan mit der Festlegung, im Unterausschuss vor der Sommerpause eine Position für den Gemeinderat zu formulieren. Dieser Kompromiss auf kleinstem Niveau zeigt aber auch die große Angst der Stadtratsmehrheit davor, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner aktiv in die Politik einmischen. Zum Glück ist diese Frage – das haben Sie alle angesprochen – auch in der Landespolitik in Bewegung und langfristig nicht mehr aufzuhalten, selbst wenn die Landesregierung ihre Gesetzesnovelle zur Gemeindeordnung vor der Landtagswahl nicht mehr zustande bringt oder genauso kleinmütig ist wie die Mehrheit im Stuttgarter Gemeinderat.

Die Angst vor dem Bürgerentscheid ist allerdings völlig irrational. Nach geltender Rechtslage müsste man in Stuttgart 20.000 gültige Unterschriften sammeln, um einen Bürgerentscheid überhaupt einzuleiten. Das ist schon eine sehr hohe Hürde. Damit das Anliegen des Bürgerentscheids dann durchgesetzt wird, müssen nach der gegenwärtigen Rechtslage 30 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl gehen und dafür stimmen. In Stuttgart müssten also von gut 394.000 Wahlberechtigten mehr als 118.000 dafür stimmen. Würde die Landesregierung das Quorum tatsächlich auf 25 Prozent senken, wären immer noch 98.500 Stimmen erforderlich. Zum Vergleich: Der Herr Oberbürgermeister hat zu seiner Wiederwahl im ersten Wahlgang rund 78.000 Stimmen erhalten und war im zweiten Wahlgang mit 90.000 Stimmen erfolgreich. Das liegt deutlich unter dem alten und auch unter dem eventuell neuen Quorum. Diese Zahlen zeigen: Wenn ein Bürgerentscheid zustande kommen oder gar erfolgreich für die Antragsteller sein soll, so muss das Anliegen so dringend sein und müssen so viele Wählerinnen und Wähler sich dafür einsetzen, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat sich schon hinter den Ohren kratzen müssen, weil sie offenbar am Willen ihrer Wähler und Auftraggeber erheblich vorbei denken und vorbei handeln.

Wenn zum Beispiel in Hamburg die Landesregierung ihr Krankenhaus verkauft, obwohl ein Bürgerentscheid für die Erhaltung erfolgreich war, so wird sich dies auf lange Zeit der Wählerschaft und der Bevölkerung einprägen. Ich brauche nicht auszumalen wie. Und wenn, wie in Waiblingen, ein Bürgerentscheid knapp scheitert, so sollte die Politik das Signal doch sehr, sehr ernst nehmen und danach handeln.

Sie wollen nun in Punkt 2 der Vorlage beschließen: „Der Bürgerantrag wird abgelehnt“. Das ist ein harter Schlag ins Gesicht der Antragsteller, und das sind ja nicht die Organisationen, die den Bürgerantrag eingereicht haben, son-



Protestaktionen vor der Gemeinderatssitzung am 20. Januar. Die Stadträte stimmen über den Bürgerantrag zur Erleichterung von Bürgerentscheiden ab. Dieser Bürgerantrag war von einem Bündnis eingebracht worden aus attac, Mehr Demokratie e.V. und der Gewerkschaft ver.di. Ver.di erwartet, dass mit der Möglichkeit eines Bürgerentscheids die vorgesehene Umwandlung des Eigenbetriebs Klinikum in eine GmbH verhindert werden kann.

dern alle, die ihn unterschrieben haben oder ihn unterstützen, ohne ihn unterschreiben zu können. In den Wahlkämpfen des vergangenen Jahres haben die SPD, die Grünen und zuletzt auch der OB beteuert, sie wollten mehr Bürgerbeteiligung. Der OB wurde sogar ziemlich konkret im Bezug auf Stuttgart 21. Nun rudert er zurück.

Sie argumentieren, man brauche mehr Zeit, um die Rechtmäßigkeit verschiedener Vorschläge zum Bürgerentscheid zu prüfen. Allerdings hat der Gesetzgeber eine Frist zur Behandlung des Bürgerantrags gesetzt, die er für ange-

messen hält, um ihn ordnungsgemäß zu prüfen und zu behandeln. Der uns vorliegende Bürgerantrag wurde am 28. Oktober eingereicht, am 28. Januar ist die Frist abgelaufen. Die Parteien, die sich für mehr Bürgerbeteiligung ausgesprochen haben, hätten in dieser Frist die Prüfung selbst vornehmen oder die Verwaltung für eine rechtliche Bewertung ihrer eigenen Vorschläge auf Trab bringen müssen. Die Verwaltung, sprich als Verantwortlicher der Herr Oberbürgermeister, hat es sich einfach gemacht. Er hat gesagt, der Bürgerantrag ist rechtmäßig, wir lehnen ihn aber ab. Wir wollen so weitermachen wie bisher. Trotzdem hatte ich gestern vorgeschlagen, in Punkt 2 nicht zu beschließen: „Der Bürgerantrag wird abgelehnt“, sondern stattdessen: „Der Bürgerantrag wird angenommen. Für die genaue Formulierung in der Hauptsatzung erarbeitet der Arbeitskreis einen Formulierungsvorschlag.“

Bei aller Enttäuschung kann man aber doch festhalten: Mit der Einrichtung des Unterausschusses und der Fristsetzung bis zur Sommerpause zeigen die Fraktionen im Gemeinderat, dass sie mindestens gemerkt haben, dass da etwas Wichtiges vorgeht und sie irgendwie reagieren müssen. Das lässt noch Hoffnung auf Besserung. Die politische Auseinandersetzung um die kommunale Demokratie wird jedenfalls weitergehen.

Da ich die vorliegende Beschlussvorlage 990/2004 nicht unterstützen kann, stelle ich dazu einen Änderungsantrag zu Punkt 2., der lautet: „Der unter 1. genannte Bürgerantrag wird angenommen.“

konnte. Die anwesenden Aktiven aus Elternkammer, Umweltverbänden, attac und den verschiedenen erfolgreichen Hamburger Volksinitiativen – gegen den LBK-Verkauf, gegen die Privatisierung der Berufsschulen, die Kita-Auseinandersetzung und die Volxuni – waren doch erstaunt und entsetzt, die zwar mutig und frisch und locker vorgebrachten Argumente des CDU-Vertreters Dr. Jäger zu hören. Bekanntlich hat die CDU ein Gesetz vorgelegt, die 1996 auch mit ihren Stimmen in der Bürgerschaft beschlossene Volksgesetzgebung in Hamburg zu erschweren, da sie den Senat zunehmend in Legitimierungsschwierigkeiten bringt, wenn er – wie bisher – gegen den erklärten Volkswillen seine Politik durchzuzocken versucht.

So begründete Dr. Jäger (CDU) die geplanten Veränderungen damit, dass sie mehr Gleichheit für alle Initiativen schaffen. Wenn untersagt würde, auf Straßen und Plätzen Unterschriften zu

sammeln und stattdessen in Orts- und Bezirksämtern unterschrieben werden müsste, wären ärmere Initiativen gleichberechtigt, weil sie nicht so viel Geld in eine eigene Sammlung stecken müssten. Wenn der Senat jedem Wahlbürger eine Benachrichtigungskarte nach Hause schicken würde, wäre weniger Geld nötig, weil die Kosten für Propagandamaterial der Initiativen gespart werden könnte. Zudem steht im Gesetz, dass „der Senat die Volksentscheide“ durchführt – also müsste er sie auch organisieren. Wenn die Volksentscheide an einem eigenen Termin und nicht mehr parallel zu Wahlterminen durchgeführt würden, käme das Sachanliegen der Volksinitiativen besser zur Geltung, weil es dann bei der Abstimmung alleine dastehe und nicht durch ein Bündel von Gründen für eine Wahlentscheidung überlagert werde. Und im Übrigen hätte das Landesverfassungsgericht ja die Gleichrangigkeit von Parlaments- und Volksentscheidungen festgestellt. Deshalb könne das Parlament jeden Volksentscheid in der Sache durchaus anders entscheiden. Ob wir denn das Prinzip der repräsentativen parlamentarischen Demokratie aufgeben wollten? Jedenfalls sähe die CDU nicht, dass das Letztentscheidungsrecht beim Volk liegen müsse. Kurz: Die Vorschläge der CDU würden die Volksgesetzgebung gleicher, billiger und einfacher machen. Sie sei ja schon auf die Diskussion eingegangen, indem sie den Vorschlag fallengelassen habe, dass die Initiatoren von Volksbegehren Finanzierungsvorschläge machen müssten. Interessant, dass er sich zu den positiven Erfahrungen mit Volksentscheidungen in den USA, in der Schweiz und in Süddeutschland sowie zahlreichen Kommunen nicht im Einzelnen äußerte. Die Privatisierungspolitik des Senats hielt er selbstverständlich für richtig. Dass mit den Plänen der CDU etwa die „Politikverdrossenheit“ gefördert werde, sah er nicht.

Die Zuhörer jedenfalls fragten sich, worüber sie sich mehr wundern und einsetzen sollten: Über den fröhlichen Mut des Jungparlamentariers, diese vorgeschobenen Argumente vor einem solchen sachkundigen und engagierten Publikum zu vertreten – oder der obrigkeitstaatlichen Senatsfixiertheit, dass die Regierenden und die „Volksvertreter“ schon die Weisheit mit Löffeln gefressen hätten und auch in der Sache immer besser wüssten, was richtig ist. Interessenpolitik negiert er kurzerhand. Zeit jedenfalls, durch zahlreiche Beteiligung an den aktuellen Volksinitiativen den Abgeordneten ins Gedächtnis zu rufen, dass in unserer Demokratie alle Staatsgewalt noch immer vom Volke ausgeht. Doch, auch wo sie hingeht, muss kontrolliert werden.

*Horst Bethge
(PDS AG Bildungspolitik)*

Hamburg

Kampf um Volksentscheid – CDU mutig voll daneben

HAMBURG. „Unser Wasser Hamburg“ hatte ins Curio-Haus zu dem Thema „Geht die Volksgesetzgebung den Bach runter?“ zu einem Streitgespräch geladen, um die Diskussion zu den zwei aktuellen sich ergänzenden Volksinitiativen „Rettet den Volksentscheid“ und „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ zu intensivieren: Dr. Manfred Jäger, CDU, Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Hamburger Bürgerschaft, Angelika Gardiner, Mehr Demokratie e.V., Mitinitiatorin der beiden neuen Volksentscheide, und mich, der ich zur Privatisierungspolitik des Hamburger Senats Ausführungen machte. Unter der Moderation von Anke Papendick von der Umweltgruppe Elbvororte entwickelte sich nach den drei Eingangstatements eine lebhafte Diskussion: Zu den Gründen für die Privatisierungsoffensive des Senats, zu den Erfahrungen mit Volksinitiativen in Bayern und Baden-Württemberg, zu der A. Gardiner als Bayerin allerlei Positives beisteuern

Mieterschutz aktueller denn je

ESSEN. Rund 110.000 ehemalige Werkwohnungen haben die zur Veba gehörende Viterra, die Bundesversicherungsanstalt Gagfah, Thyssen-Krupp und das RWE im letzten Jahr allein im Ruhrgebiet an Finanzkonsortien verkauft. Letzter Schlag war der kurz vor Jahresende bekannt gegebene Verkauf des gesamten Wohnungsbestandes von Thyssen-Krupp-Immobilien an die US-Bank Morgan Stanley und die Corpus-Immobiliengruppe. Dabei geht es allein um 48.000 Wohnungen, 20.000 davon in Duisburg, 11.000 in Essen. Damit ist der Bestand an Wohnungen von früher gemeinnützigen Wohnungsunternehmen drastisch reduziert worden.

HB vom 15.12.2004: ThyssenKrupp erzielt bei Wohnungsverkauf hohen Gewinn

Düsseldorf. (Dow Jones-VWD). Die ThyssenKrupp AG, Duisburg/Essen, hat beim Verkauf ihrer 48.000 Werkwohnungen im Ruhrgebiet einen Buchgewinn von annähernd 1 Mrd. EUR erzielt. Das berichtet das Handelsblatt (HB) (Donnerstagsausgabe) aus Finanzkreisen. Ein Konzernsprecher bestätigte der Zeitung lediglich „einen hohen Buchgewinn“, eine exakte Zahl nannte er nicht. Ursprünglich standen die Wohnungen mit 1,5 Mrd. EUR in der Bilanz, heißt es in Frankfurter Analystenkreisen. Allerdings habe der Konzern wegen der Krise am deutschen Immobilienmarkt Abschreibungen vorgenommen.

ThyssenKrupp hatte die Werkwohnungen am Mittwoch für 2,1 Mrd. EUR an ein Konsortium aus der US-Investmentbank Morgan Stanley und der Kölner Immobiliengruppe Corpus verkauft. Der Sonderertrag aus dem Immobilienverkauf werde sich auch im diesjährigen Konzerngewinn niederschlagen, so das „HB“. Bislang lag das Ziel für das operative Ergebnis vor Zinsen und Steuern bei knapp 1,6 Mrd. EUR. Das Geschäftsjahr von ThyssenKrupp endet am 30. September. www.handelsblatt.com

Dieser geballte Verkauf von Werkwohnungen schafft Handlungsbedarf für das Land NRW und für die Kommunen. Verhindert werden muss vor allem, dass die Verkäufe zu Nachteilen für die jetzigen Mieter führen. Das ist um so notwendiger, als es den Finanzkonsortien mit US- oder britischer Beteiligung, die die Wohnungsbestände aufgekauft haben, offensichtlich um einen Weiterverkauf der Wohnungen an private Dritte geht. Auf dem Mietmarkt sind im Ruhrgebiet jedenfalls keine hohen Renditen zu erzielen. Die Mieten sind vergleichsweise niedrig, viele Wohnungen stehen leer, die Armut nimmt zu. Entsprechend zieht sich Viterra aus dem Ruhrgebiet zurück, behält aber seine Wohnungsbestände im Rhein-Main-Gebiet. Der Markt für Wohnungen zur Eigentumsbildung wächst jedoch auch im Ruhrgebiet. Für viele, die es sich leisten können geht es dabei auch um Alterssicherung. Da die Wohneigentumsquote im Ruhrgebiet die EU-weit niedrigste ist, versprechen sich die Finanzkonsortien hier lukrative Geschäfte.

Die Mieterverbände sind deshalb alarmiert und haben die Landesregierung aufgefordert, in Richtung Verbesserung des Mieterschutzes tätig zu werden. Die PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen hat im Januar einen Antrag in der gleichen Richtung in den Rat eingebracht. Darin sollte die Stadt verpflichtet

werden, sich insbesondere gegenüber Thyssen-Krupp für Regelungen zum Mieterschutz einzusetzen, die über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen. Der Antrag wurde an den Planungsausschuss verwiesen.

„Panikmache ist sicherlich fehl am Platze, aber wir erwarten, dass Thyssen-Krupp seinen Mietern wenigstens die gleichen Garantien gibt, wie Anfang des Jahres Viterra“, erklärte PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke. „Davon kann bisher keine Rede sein. Die Mieter/innen von Thyssen-Krupp erfuhren aus den Medien vom Abschluss des Verkaufs. Wir unterstützen die Forderungen, die auch der Betriebsrat von Thyssen-Krupp-

Immobilien erhoben hat: Ein dauerhafter Kündigungsschutz, ein lebenslanges Wohnrecht für Mieter/innen über 65 Jahre und Schutz vor Mieterhöhungen. Dafür müssen sich auch der Oberbürgermeister und der Rat einsetzen.“

Der Betriebsrat von Thyssen-Krupp-Immobilien hat sehr deutlich kritisiert, dass die Bedingungen des Verkaufs für Mieter nicht schon im Vorfeld geklärt wurden und darauf hingewiesen, dass der Verzicht auf vertraglich verankerte Schutzrechte über die gesetzlichen Regelungen hinaus letztlich auch eine Frage des Verkaufspreises ist. Er befürchtet die Zerschlagung von Thyssen-Krupp-Immobilien durch Blockverkäufe und fordert auch für die 550 Beschäftigten Schutzrechte vor Entlassungen, den Erhalt des Standortes Essen und die Sicherung der bisherigen sozialen Konditionen im Thyssen-Krupp-Konzern.

Geklärt werden müsste schließlich der stadtplanerische Aspekt der Wohnungsverkäufe. In Essen stellt sich z.B. die Frage, ob die neuen Eigentümer der 11.000 Thyssen-Krupp-Wohnungen an dem von der Arbeitsgemeinschaft Essener Wohnungsbauunternehmen begonnenen, von der Stadt moderierten Stadtteil-Sanierungsprogramm festhalten. Auch dieser Punkt soll auf Antrag der PDS-Gruppe im Planungsausschuss behandelt werden.

(wof)

Heuchelei von SPD und Grünen:

FRANKFURT A. M. Die Neufassung der hessischen Kommunalgesetze durch den Landtag bedeutet einen tiefen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Künftig werden nur noch defizitäre Bereiche in den Händen der Kommunen bleiben, während alle gewinnbringenden Unternehmen an private Anbieter verkauft werden sollen. „Besonders fatal ist, dass die Kommunen dadurch unter den Zwang geraten, auch die bei ihnen verbleibenden Unternehmen nach dem Prinzip der Gewinn-Maximierung zu führen“, meint Heiner Halberstadt, Vorsitzender der PDS-Fraktion im Römer: „Die Stadt verliert dadurch endgültig die Möglichkeit, die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger nach sozialen Maßstäben zu sichern“. Als schamlose Heuchelei empfindet Halberstadt Verlautbarungen der Grünen und der SPD, die die Gesetzesänderung nun im Nachhinein verurteilen: „Seit Monaten liegt ein Antrag der PDS vor, der die Stadt zu erbittertem Widerstand gegen die geplante Gesetzesänderung auffordert. Der Antrag wurde mit den Stimmen von Grünen und SPD mehrfach vertagt, zuletzt in der Parlamentssitzung in der vergangenen Woche. SPD und Grüne betreiben in Frankfurt gemeinsam mit CDU und FDP eine Politik hemmungsloser Privatisierung ohne ökonomischen Verstand und soziales Gewissen“.

www.kommunelinks.de

Drehen an der Strompreisschraube:

KÖLN. „Die dem Bundeswirtschaftsminister Clement von den vier großen Stromkonzernen vorgeschlagene Entlastung der stromintensiven Industrie durch Absenkung der Netzentgelte führt zwangsläufig zu einer Strompreiserhöhung bei den Privathaushalten“. Dies betonte der Verband kommunaler Unternehmen (VKU). Das Gesetz der Redlichkeit gebiete es, darauf hinzuweisen, dass diese staatlich gewünschte Subventionierung von Unternehmen zu Lasten der normalen Stromkunden gehe. Im Übrigen unterbreiten die vier Verbundunternehmen einen „großzügigen“ Vorschlag, der sie selbst keinen Cent kostet. Die mögliche Erwartung, dass die Stadtwerke am Ende die Kosten bei sich behalten müssten, da eine Preiserhöhung gegenüber den Haushaltskunden politisch nicht gewollt ist, unterstreicht die Zweideutigkeit dieses „großzügigen“ Vorschlags noch. www.vku.de

Benachteiligung für umwelt-

freundliche Verkehrsmittel: KÖLN / BERLIN. Als ein „Stück aus dem Tollhaus“ bezeichnete der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte-

tages, Dr. Stephan Articus, die von den Ministern Eichel und Stolpe vereinbarte Kürzung der Mittel für den Nahverkehr, um damit der Deutschen Bahn eine Finanzspritze für die Erhaltung und Sanierung des Schienennetzes zu geben. Da der Bundesfinanzminister nicht bereit ist, hierfür eigene Haushaltsmittel bereitzustellen, sollen offensichtlich aus den Regionalisierungsmitteln jährlich 1 Milliarde Euro abgezweigt werden.

„Mit den Regionalisierungsmitteln des Bundes finanzieren die Länder und Kommunen den Nahverkehr. Bereits im Zusammenhang mit dem Koch-Steinbrück-Papier kam es zu einer einmaligen Kürzung der Regionalisierungsmittel um 2 Prozent. Weitere jährliche Kürzungen würden das Angebot im Nahverkehr in seinem Kern gefährden. Wer hier spart, schadet der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs in den städtischen Ballungsräumen ebenso wie auf dem flachen Land und verschlechtert damit die Chancen für eine umweltfreundliche Mobilität“, so Articus.

www.staedtetag.de

Außendienst überflüssig: ESSEN. Für völlig überflüssig hält die PDS-Ratsgruppe den Antrag von CDU, Grünen und FDP, den Außendienst zur Kontrolle von Sozialgeld-Empfängerinnen und Empfängern aufrecht zu erhalten und auf Alg-II-Empfängerinnen und -Empfänger auszuweiten. Mit dem Antrag sollen Sozialhilfeempfänger unter „Generalverdacht“ gestellt werden und der Außendienst aufgestockt werden. Im vergangenen Jahr haben die Grünen eine schärfere Kontrolle und Bespitzelung von Sozialhilfe-Berechtigten abgelehnt, heute sind sie Mit Antragsteller. „Fehlerhafte Bescheide, drastische Leistungskürzungen insbesondere für die bisherigen Arbeitslosenhilfe-Berechtigten, die Einführung von Ein-Euro-Jobs usw. begleiten die Einführung von Hartz IV. Lange Schlangen vor dem Sozialamt in der Steubenstraße waren ein Ausdruck der Probleme.“ Die Verwaltung, die den Vorstoß ablehnt, hat in den vergangenen Jahren mehrfach dargelegt, dass eine Ausweitung des Außendienstes keine Kostenersparnisse bringt. Statt durch solche Anträge wieder in das Horn der Stimmungsmache zu blasen, sollte umgehend die Beratung von Sozialgeld- und Alg-II-Empfängern gefördert werden. Ebenso dringend wäre die Einrichtung einer zentralen Beschwerdestelle bei der ARGE.

www.mitglied.lycos.de/pdsgressen/
Zusammenstellung: ulj

IG Metall FB Jugend-, Bildungs- und Qualifizierungspolitik Das Ausbildungsjahr 2004

Eine Schlussbilanz zum Ausbildungsjahr und zum Ausbildungspakt

1. Der Ausbildungspakt hat seine in ihn gesteckte hohe Erwartung zur Steigerung der abgeschlossenen Ausbildungsverträge nicht erfüllt.

Während Wirtschaftsminister Wolfgang Clement noch vor wenigen Wochen verkündete, ein Aufwuchs von mehr als 50.000 Ausbildungsplätzen würde problemlos erreicht und wenn DIHK-Chef Braun davon sprach, die Zielvorgaben seien weit übertroffen, sieht die Wirklichkeit wesentlich trister aus. Die Anfang Januar 2005 von der Bundesagentur für Arbeit offiziell vorgestellte amtliche Statistik zur Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsplätze für das Jahr 2004 widerlegt alle schönfärberischen Pakt-Zahlen von Bundesregierung und Arbeitgeberverbände. Die Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung zeigen keine zweistellige Steigerung bei den Ausbildungsverträgen, sondern nur ein mageres Plus von 2,8 Prozent oder real 15.000 zusätzlichen Ausbildungsverträgen. Abgeschlossen wurden 2004: 573.000 neue Ausbildungsverträge, im Vorjahr waren es 558.000.

Das Institut bestätigte ebenfalls ge-

werkschaftliche Analysen, wonach rund 50.000 Jugendliche, die in unsinnigen Warteschleifen geparkt werden, ebenfalls in diesem Jahr noch einen Ausbildungsplatz haben wollen. Zusammen mit den noch nicht vermittelten Bewerbern kommt man auf 90.000 Jugendliche, die noch einen Ausbildungsplatz suchen. Wie man angesichts dieser Zahl von einem erfolgreichen Ausbildungs-Pakt sprechen kann, bleibt schleierhaft.

Mit diesem Aufwuchs konnte noch nicht einmal der diesjährige demografisch bedingte Zuwachs (mehr Abgänger von Schulen) von 24.000 Nachfragern in Ausbildung gebracht werden. Auch der fest vereinbarte Rückbau der sog. Alt-Nachfrager (also den Jugendlichen, die bereits im letzten Jahr oder früher die Schulen verlassen haben und keinen Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche hatten) konnte mit dieser deutlich zu gering ausgefallenen Steigerung nicht erreicht werden. Dem Pakt-Ziel: allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten, sind die Pakt-Partner 2004 kaum näher gekommen.

Die Argumentation der Bundesregierung, dass die Wirtschaft den Ausbildungspakt übererfüllt habe, weil sie statt der versprochenen 30.000 in Wirklichkeit 53.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen habe, ist wirklich skurril. Denn: Im Jahr 2004 wurden nicht 53.000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen sondern 573.000. Jedes der in diesem Jahr zustande gekommenen vertraglichen Ausbildungsbeziehungen trägt letztlich das Signum neu. Egal ob die Kammern ihnen nun das Label neu, ganz neu oder Super neu aufstempeln. Diese Aufteilung der Verträge ist nichts anderes als ein statistisches Ablenkungsmanöver. Hierauf eine Erfolgsbilanz aufbauen zu wollen ist jedenfalls abenteuerlich.

2. Auch die mit großen Hoffnungen im Herbst gestartete Nachvermittlungsaktion nimmt keinen besonders guten Verlauf.

Nach vollständiger Auswertung der Berufsberatungsstatistik der Agen-



→ tur für Arbeit für November zeigt sich folgendes Bild: Im September 2004 suchten offiziell 44.576 Jugendliche noch einen Ausbildungsplatz, im Oktober war diese Zahl nochmals leicht angestiegen auf 45.414 und für den Monat November wurden jetzt noch 40.256 suchende Jugendliche registriert und im Dezember waren es dann immer noch 33.331. Insgesamt hat sich die Lage seit September nicht wirklich verbessert. Von einem besonders erfolg-



reichen Verlauf der Nachvermittlung kann deshalb auch keine Rede sein.

Selbst wenn man sich auf die falschen definitorischen Kategorien der Pakt-Partner einlässt, dann waren am 31.12.2004 immer noch 14.900 Jugendliche ohne einen Ausbildungsplatz. Dass also jeder Suchende seinen Ausbildungsplatz bekommen hat (Clement), davon kann keine Rede sein. Um dieses Defizit zu vertuschen, verweisen Bundesregierung und Wirtschaft auf die vielen noch unbesetzten Einstiegsqualifikationen – siehe dazu unter Punkt 3.

Die von den Arbeitgebern und der Bundesregierung gemeinsam verbreiteten deutlich besseren Bilanzzahlen (nur noch 14.900 seien unvermittelt), beziehen sich auf einen deutlich reduzierten Ausschnitt des Vermittlungsgeschehens. Anstatt die gesamte Entwicklung in den Blick zu nehmen, beobachteten die Paktpartner nur die Veränderungen bei den Jugendlichen, die seit September unversorgt waren. Diejenigen, die sich im Oktober und November neu als Bewerber um einen Ausbildungsplatz für die Nachvermittlungsaktion bei den Agenturen vor Ort meldeten, fallen dagegen einfach unter den Tisch.

Ein Vergleich zeigt, wie absurd diese Sichtweise ist:

Kommt ein Jungunternehmer zu seiner Steuerberaterin und angesichts seiner schlechten Jahresbilanz wartet er mit zwei vermeintlich genialen Ideen auf: 1. Das Geschäftsjahr wird kurzer Hand einfach um drei Monate verlängert und 2. werden in diesem fünften Quartal nur die Einnahmen verbucht, Rechnungen nicht mehr bezahlt. In diesem Fall müsste man mit einer deutlichen Bilanzverbesserung rechnen.

Genauso wie der Jungunternehmer rechnen die Pakt-Partner. Allerdings mit einem Unterschied: Hat der Jungunternehmer noch eine Steuerberaterin, die den Plan verhindert, sind Politik und Arbeitgeberverbände nicht zu stoppen.

3. Einstiegsqualifikationen erreichen die Jugendlichen nicht – Statt 25.000 wurden nur 7.200 Praktikumsverträge abgeschlossen

Eigentlich sollten die Einstiegsqualifikationen oder Praktika dem Ausbildungspakt aus der Patsche helfen: War schon die Steigerung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsplätzen nach den Zählungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) mit 2,8 Prozent oder nur 15.000 deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sollten bis Ende 2004 wenigstens die 25.000 Praktika-Stellen voll zum Tragen kommen.

Aber auch daraus ist nichts geworden: Der Ausbildungspakt zwischen Wirtschaft und Regierung ist in einem weiteren zentralen Teilbereich gescheitert. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit werden Tausende der im Pakt vereinbarten Einstiegspraktika nicht besetzt werden.

Als Ursachen lassen sich mindestens zwei Gründe benennen.

Aber zunächst die Fakten, wie sie jetzt von der Bundesagentur vorgestellt wurden.

Nach Abschluss der Nachvermittlungszeit ist die Zahl der abgeschlossenen Praktika-Verträge deutlich unter der Zielzahl, obwohl das bis zu einjährige Praktikum auf die Ausbildungszeit angerechnet werden kann. Fest verabredet zwischen den Pakt-Partnern waren 25.000. Abgeschlossen wurden nur 7.200 Praktikumsverträge.

Dabei schien das Interesse der Betriebe zunächst relativ groß. Immerhin meldeten sie den Kammern etwas mehr als 30.000 Angebote.

Welche Ursachen führten zum Misserfolg:

Noch eine Warteschleife – nein Danke!

Mit dem angeblichen Super-Produkt Praktika war bei den Jugendlichen kein Blumentopf zu gewinnen. Im großen Umfang waren sie ganz offensichtlich nicht bereit, in eine ungewisse Warteschleife einzuwilligen.

Viele der unversorgten Jugendlichen

haben bereits eine Berufsvorbereitung, ein Praktika, einen Grundlehrgang, eine berufliche Grundbildung, eine ausbildungsbegleitende Hilfe, Jump oder wie immer diese Maßnahmen auch tituliert sein mögen, hinter sich gebracht. In 2003 waren es insgesamt 228.000 Jugendliche, die allein bei der Bundesagentur so bedient wurden. In den Berufsschulen waren es ebenfalls hunderttausende.

Seinerzeit hatte man ihnen bereits mit folgenden Sprüchen Mut gemacht: Wenn Du das absolviert hast, dann gibt es auch einen Ausbildungsplatz. Doch genau dies ist bei

vielen nicht eingetreten. Deshalb ist für viele Jugendliche klar: Warum soll man bei diesen Erfahrungen noch einmal darauf hoffen, ein Praktikum werde aus der Ausbildungsmisere herausführen?

Insofern müssen sich die Pakt-Partner fragen lassen, ob eine weitere Form der Berufsvorbereitung, den bereits bestehenden Angeboten einfach hinzugefügt, wirklich eine besonders intelligente und viel versprechende Lösungsvariante ist.

Die Anforderungen absenken – nein das geht nicht.

Eine weitere Ursache für den Misserfolg ist bei den zu hohen Einstellungsanforderungen der Betriebe zu suchen. Es zeigt sich, dass Jugendliche ohne Schulabschluss kaum Chancen auf ein Praktikumsplatz im Rahmen des Ausbildungspaktes haben. Die Anforderungen der Betriebe sind relativ hoch, ähnlich wie bei normalen Azubis, bestätigt die Bundesagentur für Arbeit. Die jetzt noch suchenden Bewerber sind aber häufig Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen.

Die Einstiegsqualifikationen waren an Jugendliche adressiert, die trotz Nachvermittlung noch keine Lehrstelle bekommen hatten. In erster Linie sind die Praktika, die zwischen sechs Monaten und einem Jahr dauern, aber für diejenigen gedacht, die Defizite in der schulischen Ausbildung haben.

Die Statistik der Bundesagentur zeigt aber, dass es erneut auch bei den Praktikas zu einer Bestenauslese kam:

So hatten von 7.200 Bewerbern, die die BA bundesweit auf die Plätze vermittelt hat, nur 299 (4,8%) keinen Schulabschluss, dagegen rund 43% und 439 von ihnen höhere Abschlüsse. 25 hatten eine Studienberechtigung. (Stand der Daten 31.12.04)

Die erfolgreichen Vermittlungen in Praktika lag bei Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss bei 4,8 Prozent bei Jugendlichen mit Fachhochschulreife, Hochschulreife und bei Studierenden aber bei 7,4 Prozent.

Ebenso die Tatsache, dass nur neun Prozent der Qualifikanten ausländischer Herkunft sind zeigt, dass die Problemgruppen des Ausbildungsmarkts im Kern nicht erreicht wurden.

Eigentlich sind Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen die Zielgruppe, bestätigt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Wegen der großen Lücke zwischen Angebot und Nachfrage können sich die Unternehmen allerdings auch für die Praktika Jugendliche aussuchen, die mindestens einen Hauptschulabschluss haben.

Aber ist es eigentlich nicht so, dass die Unversorgten ja sowieso nichts lernen wollen ...?

Die Erfahrung mit den Einstiegspraktika sind „ernüchternd“. Das hat ebenfalls Günther Fleig, der Personalvorstand des Autokonzerns Daimler-Chrysler, festgestellt. Der Konzern hat in Zusammenarbeit mit den IHKs und der Bundesagentur 500 Stellen angeboten, die Jugendliche ohne Lehrstelle für einen Ausbildungsplatz im kommenden Jahr besser qualifizieren sollen. An den deutschen Standorten zusammen seien aber allenfalls 100 bis 120 Jugendliche eingestellt worden, sagte Fleig und sprach von einer großen Enttäuschung und spekulierte zugleich über die nicht vorhandene Lernbereitschaft der Jugendlichen. „Wenn es so wäre, dass bestimmte Jugendliche gar nicht in den Arbeitsprozess wollen, müsste man sich dringend damit beschäftigen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob es so ist“, sagte der Daimler-Arbeitsdirektor. Eine Unternehmenssprecherin relativierte diese Aussage aber unverzüglich und betonte, dass der Aufwand des Verteilungsverfahrens eine zentrale Schwachstelle sei: Einem Kompetenzcheck beim Arbeitsamt schließe sich ein Vermittlungsgespräch an, die Jugendlichen bekämen dann Adressen von Firmen und müssten sich bei denen bewerben. Dass es eine Art Lernverweigerung bei den Jugendlichen gäbe, wollte die Sprecherin so nicht bestätigen.

Eine Zurückhaltung der Jugendlichen gegenüber einer Ausbildung ist auch nach den Erfahrungen der BA nicht festzustellen. Die Jugendlichen wollten aber wissen, ob sie nach einem Praktikum auch eine „Garantie für eine Ausbildung“ bekämen. Auch das Handwerk hat bisher bei den Jugendlichen „keine Verweigerungshaltung im großen Stil“ festgestellt, so die Feststellungen des ZDH-Sprechers. Im übrigen könne niemand die Jugendlichen zwingen, das Angebot anzunehmen.

Das sind die Rahmenbedingungen für die Einstiegsqualifikationen:

Mit dem Praktika gehen die Betriebe kein besonderes finanzielles Engagement ein: Die Bundesagentur bezuschusst die Praktika: Für die Sozialver-

sicherung wird eine Pauschale von 102 Euro gezahlt und der Praktikant bekommt eine Vergütung bis zu 192 Euro. Für die anbietenden Unternehmen ist die Regelung deshalb attraktiv – da der Praktikant nicht zu viel Mühe und damit doch Kosten verursacht.

4. Das von den Arbeitgeberverbänden und den Politikern oft beschriebene Desinteresse der Jugend an der eigenen Zukunft, wird von der Bundesagentur nicht bestätigt: Nur 12 Prozent der Jugendlichen meldeten sich nicht mehr zurück bzw. zeigten kein Interesse mehr an der Nachvermittlungsaktion. Ganz anders die Version des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Die 81 Industrie- und Handelskammern hätten in den vergangenen Wochen rund 30.000 Jugendliche ohne Ausbildung angeschrieben, doch mehr als 10.000 hätten sich auch nach dem zweiten Brief nicht gemeldet.

Das Fazit der IG Metall:

Auch nach Abschluss der Nachvermittlungs-Aktion des Ausbildungspakts sind, nach Einschätzung der IG Metall, keine wirklich durchschlagenden Erfolge zu verzeichnen. Nach vollständiger Auswertung der Berufsberatungsstatistik der Agentur für Arbeit zeigt sich folgendes Bild:

Im Dezember 2004 suchten offiziell 33.331 Jugendliche noch einen Ausbildungsplatz. Insgesamt hat sich die Lage seit September etwas verbessert. Von einem besonders erfolgreichen Verlauf der Nachvermittlung kann also überhaupt keine Rede sein.

Es wurden deutlich weniger Ausbildungsverträge als erwartet abgeschlossen und auch die Einstiegsqualifikationen erwiesen sich als ein wenig erfolgreiches Instrument. Offenbar haben es viele Jugendliche vorgezogen, entweder schulische Angebote anzunehmen, oder auf eine Lehrstelle im Jahr 2005 zu warten.

Es ist schon erstaunlich, wie die Arbeitgeberverbände und die Bundesregierung, attestiert von der Bundesagentur für Arbeit, sich ihre Ausbildungswelt zurecht zimmern. Mit der Wirklichkeit hat dies wenig zu tun.

Es bleibt für die Pakt-Partner als kleines Trostpflaster, dass es wenigstens einen kleinen Aufwuchs bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gab. Das Ziel, zweistellig zuzulegen, ist allerdings nachhaltig gescheitert.

Seinen eigentlichen Zweck hat der Ausbildungspakt aber längst erfüllt. Neue Lehrstellen einzuwerben war nicht der eigentliche Zweck, sondern das Mittel. Das eigentliche Ziel war, die Einführung einer Umlagefinanzierung in letzter Minute zu verhindern. Das ist gelungen. Darüber können die Arbeitgeberverbände jubeln. Aber die Probleme bleiben.

Frankfurt/M., Januar 2005 (kh)

DIHK warnt vor Antidiskriminierungsgesetz. Fr./Sa., 29.1.05.

DIHK-Präsident L. G. Braun hat in Briefen an Bundeskanzler G. Schröder und SPD-Vorsitzenden F. Müntefering vor negativen Auswirkungen des geplanten Antidiskriminierungsgesetzes auf die Akzeptanz der Reformkurse gewarnt. „Das Gesetz in der nun in den Bundestag eingebrachten Fassung wäre nicht nur in der Sache schädlich, sondern es würde auch den derzeitigen Stimmungswandel hin zu mehr Akzeptanz des Reformkurses beeinträchtigen, wenn nicht gar ins Gegenteil verkehren“, warnte Braun.

Gesamtmetall offen für Verbände ohne Tarifbindung. HB, Di., 1./2.05. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat sich auch Verbänden von Betrieben ohne Tarifbindung geöffnet.

CDU-Steuersenkungsvorstoß stößt auf positive Resonanz bei BDI. M. Meister, CDU-Fraktionsvorsitzender, veröffentlichte erste Vorschläge für „eine gemeinsame Initiative von Regierung und Opposition für wettbewerbsfähige Steuersätze“. Er sprach sich für die Integration der Gewerbesteuer in die Einkommens- und Körperschaftssteuer aus. Die Bemessungsgrundlage der Unternehmensbesteuerung müsse verbreitert und „die Gesamtbelastung von heute ca. 39% auf deutlich unter 35% gesenkt werden“. Den Personengesellschaften solle ermöglicht werden, „von dem geringeren Körperschaftssteuersatz zu profitieren“. Für Unternehmensgewinne würden dann grundsätzlich andere Sätze als für die Löhne gelten. Derzeit zahlen 85% aller Firmen als Personengesellschaften Einkommensteuer. Die Wirtschaftsverbände begrüßten Meisters Positionierung. Kühn (DIHK) forderte eine Senkung der Steuerbelastung auf unter 30%. „Bei 35% können wir bei internationalen Investoren keinen Blumentopf gewinnen.“

Wirtschaftsverbände zweifeln wirtschaftspolitische Kompetenz bei A. Merkel an. HB, Fr./Sa., 4./5.2.05. Seit Monaten kritisieren der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) die mangelnde Durchsetzungskraft der CDU-Vorsitzenden A. Merksels bei den Reformen. In Wirtschaftskreisen zunehmend bezweifelt, dass die CDU-Chefin A. Merkel genügend Rückhalt in der Union hat, um die Partei erfolgreich in die Bundestagswahl zu führen. D. Hundt (BDA) kritisiert den „Gesundheitskompromiss“ der Union. Hinsichtlich der Themen Abbau von Kündigungsschutz-Rechten und anderer „Reformvorhaben“ bestehe jetzt Misstrauen, wie Parteienforscher J. Falter sagte.

Presseauswertung: rst

In der PDS wird auch wie in anderen Parteien über einen **neuen Verbotsantrag gegen die NPD diskutiert**. Dass ein

Verbot aussichtslos ist, solange die Innenminister haufenweise Spitzel in der NPD haben, haben ja die Richter des Bundesverfassungsgericht erklärt. Warum werden diese Spitzel nicht abgezogen, zumal sie mehr der NPD genutzt haben als dem Staatsschutz?

Unverständlich ist auch, warum sich die PDS nicht auf ihren alten Gesetzentwurf bezieht, der eine Änderung des Strafgesetzbuches mit einem § 86b Verherrlichung verbotener nationalsozialistischer Organisationen“ vorsieht. In der Drucksache 14/3309 hieß es u.a.

„Rechtsextremistische Parteien wie die NPD sind in letzter Zeit verstärkt dazu übergegangen, auf ihren Aufmärschen, in ihren Publikationen und auf andere Weise verbotene nationalsozialistische Organisationen zu verherrlichen. Beispielhaft dafür ist die Parole ‚Ruhm und Ehre der Waffen-SS‘, die insbesondere seitens der NPD bei ihren Aufmärschen regelmäßig skandiert wird. Trotz großer Empörung in der Öffentlichkeit über diese Verherrlichung der Waffen-SS stellen die Staatsanwaltschaften die Ermittlungsverfahren gegen die Verbreitung solcher Parolen immer wieder ein oder weisen schon die Anzeigen als unbegründet ab.

Offensichtlich besteht hier im Strafgesetzbuch eine Regelungslücke, die geschlossen werden muss, um den demokratischen Rechtsstaat und den politischen Frieden in diesem Land zu schützen. Der Anschein, Versuche einer Wiederbelebung verbotener nationalsozialistischer Organisationen würden in diesem Land geduldet, darf nicht entstehen.

Zur Begründung für die gegenwärtig praktizierte Nichtverfolgung von Parolen wie der oben genannten wird von den Staatsanwaltschaften vorgebracht, dass die Verbreitung von Parolen wie ‚Ruhm und Ehre der Waffen-SS‘ durch die bestehenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches, insbesondere durch die §§ 86, 86a und 130 StGB, nicht geahndet wird.

So hat die Kölner Staatsanwaltschaft auf die Anzeige eines PDS-Ratsherrn gegen den verantwortlichen Leiter einer NPD-Demonstration in der Domstadt wegen Verwendens der oben genannten Parole am 24. September 1999 befunden, dass ‚ein Verstoß gegen die §§ 86, 86a StGB nicht vor(liege).‘ § 86 ist nicht betroffen, da ... mündliche Äußerungen naturgemäß nicht unter Schriften im Sinne dieser Vorschrift fallen. Aber auch gegen § 86a StGB wurde nicht verstoßen, da die Worte ‚Ruhm und Ehre der Waffen-SS‘ nicht während des Dritten Reiches als Parole mit spezifisch natio-

nalsozialistischer Bedeutung gebraucht wurden und somit kein Kennzeichen i. S. d. § 86a StGB vorliegt.“

Nach dem Verbot der NPD befragt, erklärte Lothar Bisky am 3. Februar im DeutschlandRadio Berlin:

„Es ist nicht sozusagen das Allheilmittel und es ist eigentlich auch eher schon Verzweiflung. Natürlich, wenn das noch einmal so passiert wie beim letzten Mal und wenn jetzt nicht klar gesagt werden kann, dass die V-Männer vom Verfassungsschutz dort abgezogen sind oder so, dann blamiert man sich erneut. Aber meine Hintergrunderfahrung, ich nehme die DDR ja nicht schwarz-weiß, aber meine Erfahrung ist auch, 40 Jahre Verbot jeglicher faschistischer Propaganda haben auch nicht den dauerhaften Erfolg gebracht ... Das wird wahrscheinlich auch niemand annehmen, das muss sehr sorgfältig geprüft werden, und wenn man denn vermutet, dass da wieder ein paar Leute bei den Rechtsextremen sind, die da nicht hingehören, sondern irgendwas auskundschaften wollen oder irgendwelche Funktionen dort gar haben, obwohl sie auf der anderen Seite vermeintlich sind, dann sollte man das lassen. Das wäre eine internationale Blamage sondergleichen.“

Am 4. Februar 2005 berieten die **rechts- und innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der PDS im Bundestag, in den Landtagen und des PDS-Vorstandes über rechtsextremistische Entwicklungen**. Sie verabschiedeten die folgende „Berliner Erklärung“:

1. Der zunehmende Rechtsextremismus schürt neue Ängste. Sie bestehen zu Recht. Rechtsextremismus in Deutschland ist wieder ein Thema, in den Medien, in Parlamenten, im In- und Ausland. Aber er kommt weder von ungefähr, noch überraschend. Viele Entwicklungen zeichnen sich seit längerem ab. Sie entspringen rechtsextremistischen Strategien ...

Der Rechtsextremismus hat eine neue Qualität gewonnen. Das ist zugleich eine Herausforderung für alle Demokratinnen und Demokraten, die der Antifaschismus als Lebenslehre aus der deutschen Geschichte verbindet.

Rechter Alltagskultur muss kontinuierliches, zivilgesellschaftliches Handeln entgegengesetzt werden. Deshalb appellieren wir an alle, die gemeinsame Verantwortung wahr- und anzunehmen, grundsätzlich und konkret.

2. Die aktuellen Debatten drehen sich auf Bundesebene fast ausnahmslos um ein Verbot der NPD. Das halten wir für falsch. Vielmehr brauchen wir die politische und gesellschaftliche Debatte über die Ideologie und das praktische Agieren der Rechtsextremen.

Das Verbot einer Partei muss hieb- und stichfest sein. Es muss sich auf Taten, nicht nur auf Meinungen stützen ... Ein fragwürdiges Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichtes würde neue Begrenzungen schüren. Es könnte die hohen Hürden, die das Grundgesetz setzt, einreißen und Rechtsmissbrauch fördern. Dagegen sind wir. Ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD birgt nicht nur rechtliche Gefahren, sondern auch politische, und die sind größer. Im gefährlichen Spektrum des Rechtsextremismus ist die NPD nur ein Mosaikstein.

Die NPD ist ein gefährlicher Bezugspunkt rechtsextremistischer Bestrebungen. Die Erfahrung lehrt: Die bisherigen Verbote rechtsextremistischer Organisationen haben keinen Rückgang rechtsextremistischer Aktivitäten bewirkt. Sie führten lediglich zu neuen Organisationsformen.

Hinzu kommt: Die Hindernisse, die das Bundesverfassungsgericht beim ersten NPD-Verbots-Verfahren geltend gemacht hat, sind nicht ausgeräumt. Bundesinnenminister Schily und die Länder blieben bei ihrer zweifelhaften V-Mann-Praxis.

Das stärkt die NPD, vor Gericht und im Alltag, denn V-Leute sind vom Staat gekaufte Informanten und bezahlte Täter zugleich. Diese Praxis lehnen wir ab. 3. Unsere Thesen sind:

- Gegen Rechtsextremismus hilft Zivilcourage im Alltag. Die Politik muss entsprechende Initiativen fördern. Sie darf sie nicht finanziell beschneiden.
- Gegen Rechtsextremismus hilft kontinuierliche, vor allem kommunale Arbeit. Die Politik muss alltäglich wirken. Sie darf sich nicht in Events bescheiden.
- Gegen Rechtsextremismus hilft Mitbestimmung. Die Politik muss mehr Demokratie fördern. Sie darf Bürgerrechte nicht kappen.
- Gegen Rechtsextremismus hilft gute Bildung. Die Politik muss Wissen und Ethik fördern. Sie darf sie nicht über Gebühren zuteilen.
- Gegen Rechtsextremismus hilft soziale Gerechtigkeit. Die Politik muss sie wollen. Sie darf nicht verlängerter Börsenarm sein.
- Gegen Rechtsextremismus hilft kulturelle Vielfalt. Die Politik muss sie fördern. Sie darf die unsinnige deutsche „Leitkultur“ nicht hofieren.

Wir sind gegen Aktionismus, gegen kurzschlüssige Einschränkungen des Versammlungsrechts und Verbotverfahren.

4. Am 8. Mai 1945 ein historisches Datum, ein Tag der Befreiung vom Krieg und vom Faschismus. Deshalb rufen wir dazu auf, den 60. Jahrestag der Befreiung überall positiv zu würdigen: Für Frieden, für Toleranz; in Deutschland und in Europa. *Zusammenstellung: jöd*

Unverantwortliches Spiel mit dem Feuer

Von Holger Politt

Den folgenden Artikel entnehmen wir der Zeitschrift Polen und wir. Holger Politt beschäftigt sich darin mit den Hintergründen der Festlegung der Grenzen Polens nach dem Zweiten Weltkrieg. Für Leser scheint uns dieser Artikel interessant, weil sich auf der Grundlage der darin geschilderten Fakten die Unterschiede zwischen Polen und der Tschechoslowakei in Bezug auf die Nachkriegsereignisse besser beurteilen lassen. Darüber hinaus wird einmal mehr deutlich, wie unangemessen die Subsumierung verschiedenster Geschehnisse im Konzept des BdV-Projektes „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist. – Für die kommende Ausgabe planen wir einen weiteren Artikel zur polnischen und ukrainischen Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg. rül

Als vor gut zwei Jahren eine erste Welle der Geschichtsvergessenheit in Form der unsäglichen Diskussion um die Beneš-Dekrete Tschechien und abgeschwächt die Slowakei traf, gab es zwar in den polnischen Medien vereinzelte warnende Stimmen, doch da die Regierung schnell Entwarnung gab, verhallten sie weitgehend ungehört. Offiziell nämlich meinte Warschau, die Polen betreffende rechtliche Lage sei eine gänzlich andere. Alle die ehemalige deutsche Bevölkerung jenseits von Oder und Neiße betreffenden Maßnahmen folgten lediglich den Beschlüssen und Erlassen der Siegermächte, so dass es im polnischen Fall keinen an Beneš gemahnenden Fall gebe. Erst nach diesen Beschlüssen wurden von polnischer Seite die entsprechenden Maßnahmen ergriffen. Wer Wiedergutmachung oder ähnliches fordere, müsse sich an die damaligen Siegermächte wenden. Und weiter: Diese Fragen gehörten der Vergangenheit an, sind folglich in der Obhut der Historiker gut aufgehoben und sollten das deutsch-polnische Verhältnis so kurz vor Polens Beitritt zur EU nicht belasten oder gar vergiften.

Tatsächlich schien es lange Zeit, als sei nach diesem strikten Hinweis diese die gegenseitigen Beziehungen belastende Frage vom Tisch. Zwar moserten die zuständigen „Landsmannschaften“ weiter herum, doch von offizieller bundesdeutscher Stelle wurde regelmäßig Entwarnung gegeben. Die deutsch-polnischen Beziehungen seien so gut wie noch nie in den zurückliegenden 200 Jahren. Keiner solle doch den Deutschen unterstellen, ihnen sei an einer Revision der

Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs gelegen. Die Sehnsucht nach der und die Beschäftigung mit der alten Heimat indes könne nicht untersagt oder eingeschränkt werden. Im Gegenteil: Dieser Teil der Traditionspflege sei zu einem festen und wertvollen Bestandteil der deutsch-polnischen Verständigung geworden.

Ganz in diesem feinen Sinne trat Erika Steinbach im September 2003 in Warschau mit dem unschuldigen Argument vor das Publikum, wonach sich vor allem die „Vertriebenenverbände“ in Deutschland intensiv mit Fragen der jüngsten Geschichte im mitteleuropäischen Raum befassen und dabei selbstverständlich auch polnisches Leid – das der „Vertreibung“ von Ost nach West – nicht aussparen würden. Wer sonst noch in Deutschland, so ihre rhetorische Frage, würde sich für dieses Leid interessieren? Was harmlos aussieht und beiläufig hingeworfen scheint, ist bei näherem Hinsehen kreuzgefährlich und wohl überlegt.

Das Schicksal, welches Millionen Bürger Polens nach Beendigung der Kampfhandlungen des Zweiten Weltkriegs oftmals mehrere Hundert Kilometer nach Westen verschlug, wird ohne historische Einordnung dem Schicksal der „Heimatvertriebenen“ genannten Deutschen an die Seite gestellt. Auch sie seien doch im Grunde vor allem Vertriebene, die ihrer Heimat verlustig gegangen sind. Im Unterschied zu den Tschechen kennen die Polen also das „Leid

der Vertreibung“ aus eigener Erfahrung. Folglich läge der nächste Schritt nahe, gemeinsam und ganz im europäischen Sinne der Sache zu gedenken.

Zunächst und vor aller Erörterung sollte die Tatsache hervorgehoben werden, dass alle territorialen Veränderungen, die Polen am Ausgang des Zweiten Weltkriegs betrafen, eine direkte Folge des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen gewesen sind. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs – und kein anderes historisches Ereignis – stellte die polnische und darüber hinaus europäische Öffentlichkeit vor die entscheidende Frage, was nach einem Kriegsende aus der damaligen deutsch-polnischen Grenze werden solle. Ohne die interessante, weil wechselvolle und in den konkreten Kriegsverlauf eingebettete polnische Auseinandersetzung um die zukünftige Grenzziehung an dieser Stelle auch nur annähernd vollständig nachzeichnen zu können, sollen dennoch weitgehend vergessene Zusammenhänge in Erinnerung gerufen werden. Den Historikern sind diese Tatsachen selbstverständlich bekannt, doch in ihrem Meinungsbild begnügen sich die meisten Deutschen letztlich mit der Auffassung, neben Tschechen hätten vor allem die Polen – den Ausgang des Zweiten Weltkriegs ausnutzend – den Deutschen Territorien in Größenordnungen weggenommen.

Bereits kurze Zeit nach Kriegsausbruch positionierte sich die polnische Regierung (später die Londoner Exilre-

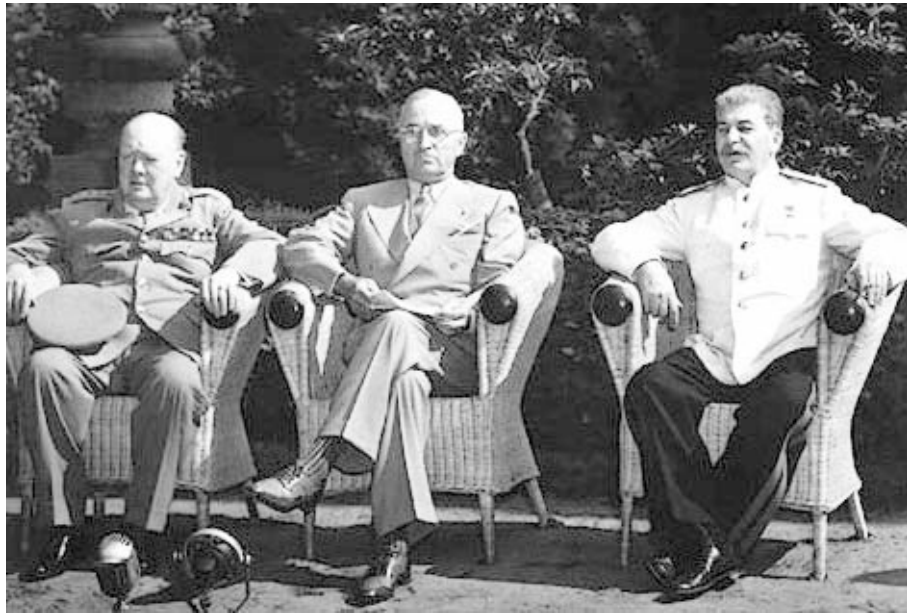


1939: Überfall Nazideutschlands auf Polen. „Wir fahren nach Polen, um Juden zu verschulen“ steht auf dem Waggon.

gierung) mit der verständlichen Forderung, die bisherige Grenzziehung zu Deutschland bei einer möglichen Nachkriegsregelung zu Gunsten Polens zu überdenken. Das betraf vor allem die Zukunft Ostpreußens und des Oppelner Gebietes. Damit wurden die Ergebnisse der durch den Völkerbund 1920 durchgeführten Volksbefragungen über die territoriale Zugehörigkeit der betreffenden Gebiete, die Polen bis zum Kriegsbeginn im September 1939 ohne Einschränkungen akzeptiert hatte, in Frage gestellt. Natürlich spielte diese Position in den internationalen Beziehungen in den ersten Kriegsjahren noch eine untergeordnete Rolle. Erst als mit den Siegen der Armeen der Anti-Hitler-Koalition tatsächlich eine Nachkriegsordnung in Mitteleuropa in greifbare Nähe rückte, gewann das Thema auch international an Brisanz.

Die Haltung der polnischen Exilregierung in London und des durch sie geleiteten Widerstands in Polen war relativ eindeutig: Die territorialen Zugewinne im Norden und Westen gegenüber Deutschland – begründet allein aus Sicherheitsinteressen – sollten nichts ändern am Grenzverlauf im Osten, wie er vor allem im Vertrag von Riga zwischen Polen und Sowjetrußland 1921 festgelegt wurde. Damals einigten sich beide Seiten unter der Last des Faktischen auf einen heiklen Grenzverlauf. Das nach den Jahrzehnten der Dreiteilung wiedererstandene Polen reichte zwar räumlich und beinahe im Anklang an die einstige Adelsrepublik weit in Gebiete hinein, in denen mehrheitlich Ukrainer und Belorussen siedelten. Allein die wenigen größeren Städte waren mehrheitlich polnisch und jüdisch bewohnt. Doch zu der beabsichtigten und gegen Rußland ausgerichteten Föderation mit der Ukraine, Belorussland und Litauen kam es nicht. Das Land grenzte im Osten unmittelbar an die künftige Sowjetunion, zu deren Gründungsmitgliedern die Sowjetrepubliken Ukraine und Belorussland gehörten. Über die komplizierte und schwer zu beherrschende Nationalitätenfrage war das neue Polen auf eine nicht gewollte Weise mit dem territorial übermächtigen Nachbarn verbunden.

Ein besonders problematisches Kapitel stellt die Einverleibung von Wilno, litauisch Vilnius, in den polnischen Staatskörper dar. Im Verhältnis zu Litauen nämlich konnte Polen sich eine Politik der Stärke erlauben. Aus der Tatsache heraus, dass Wilno eine polnische Bevölkerungsmehrheit hatte, wurde der Anspruch auf Zugehörigkeit zum Mutterland erhoben. Eine schwere Hypothek indes für den Stolz der Litauer, die ohne die historische Hauptstadt sich in der politischen Unabhängigkeit einrichten mussten. Viele Jahre später hat der selbst aus Litauen stammende polnische Literaturnobelpreisträger Czes-



Die Konferenz in Potsdam 1945 (von links nach rechts: Churchill, Truman, Stalin) beschließt die Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung Deutschlands. Die Anti-Hitler-Koalition beschließt, dass die Gebiete östlich von Oder und Neiße unter polnische bzw. sowjetische Verwaltung gestellt und die Deutschen aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei umgesiedelt werden.

law Milosz die Haltung Polens in der Frage der litauischen Hauptstadt als einen der größten Fehler in der Außenpolitik Polens zwischen den beiden Weltkriegen bezeichnet. Denn in den Augen der meisten damaligen polnischen Politiker hatte wenigstens diese für die Erinnerung an die einstige Größe der Rzeczpospolita so wichtige Stadt in den Bestand des neuen Staates aufzugehen. Entscheidend war hier die Befürchtung, dass ansonsten Rußland sich der Stadt und damit Litauens bemächtige. Die Frage der Unabhängigkeit Litauens nahm hier eine untergeordnete Rolle ein. Der junge polnische Staat spielte in dieser Frage das Recht des Stärkeren aus und begab sich damit freiwillig auf ein Feld, auf dem später alles verloren wurde. Die instrumentale Nutzung der Minderheitenfrage war zudem Wasser auf die Mühlen der dem unabhängigen Polen nicht wohlgesonnenen Propaganda aus Deutschland und aus der Sowjetunion.

Ein einziger bürgerlicher politischer Kopf – Roman Dmowski – versuchte seine Landsleute eindringlich zu warnen: Das übertriebene politische Engagement im Osten führe zur Schwächung der Position gegenüber dem Westen, also gegenüber Deutschland. Wenn Polen Gefahr drohe, dann aus dieser Richtung. Die Phobie gegenüber dem russischen Osten sei durch nichts begründet und komme Polen teuer zu stehen. Denn in Zeiten der Herrschaft von starken Nationalstaaten müsse auch Polen Abschied nehmen vom Gedanken eines Vielvölkerstaates. Der beste Schutz gegenüber dem starken Deutschland wäre ein Polen mit weitgehend geschlossenem Siedlungsgebiet. Dmowski konnte sich in der auch innenpolitisch um-

kämpften Zeit zwischen 1918 und 1921 nicht durchsetzen. Das Zepher führte Józef Pilsudski, den missionarischen Eifer in die Räume des europäischen Ostens zog. Der ihm zugeschriebene Anteil am Sieg der polnischen Truppen über die im Sommer 1920 bereits an der Weichsel stehende Rote Armee – das „Wunder an der Weichsel“ – markierte die Richtung: in den Osten, in die Gebiete der einstigen Rzeczpospolita, also in die Vergangenheit. Der 1921 im Vertrag von Riga abgesegnete Grenzverlauf sicherte Polen tatsächlich große Territorien hinter dem Bug und konfrontierte das Land sogleich mit handfesten Minderheitenproblemen, die es in der gesamten Zeit bis 1939 nicht in den Griff bekam. Die Warnung Dmowskis erfüllte sich, denn das Engagement im Osten, der Glaube, dort zivilisatorische Mission zu erfüllen (Bollwerk des Christentums, Bollwerk des Abendlandes, Bollwerk der westlichen Zivilisation), rächten sich in der zunehmenden Schwäche gegenüber dem nach Revision der Versailler Verträge lechzenden westlichen Nachbarn. Zur Tragik des politischen Kopfes Dmowski freilich gehört, dass er als einer der besten „Realpolitiker“ zugleich sich unentrinnbar in die Fallstricke des zeitgenössischen Antisemitismus verding, der auch im damaligen Polen hoch im Schwange stand.

Das für Polen schreckliche Ende ist bekannt: Nur zwei Wochen nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen bemächtigte sich die Sowjetunion der polnischen Gebiete östlich des Bugs und revidierte so kurzerhand das Rigaer Vertragswerk. Im Einvernehmen mit Deutschland wurde das Ende von „Versailles-Polen“ verkündet – für viele Po-

len bis heute die vierte Teilung. Über den heldenhaften Widerstand der polnischen Bevölkerung zu berichten, hieß hier Eulen nach Athen tragen. Doch zunehmend gelangen Differenzierungen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit, die unmittelbar aus der Zeit bis 1939 herrühren. Etwa wenn im heutigen polnisch-ukrainischen Verhältnis Geschehnisse aus dem Jahre 1943 eine große Rolle spielen, bei denen Zehntausende Polen in Wolynien durch die Hand ukrainischer Nationalisten ermordet wurden. Wenn man so will, ein lokaler Bürgerkrieg grausamster Art im Schatten des großen Krieges. Die Geschehnisse, die auf Gebieten stattfanden, die bis 1939 zu Polen gehörten, gemahnen tatsächlich in mancher Hinsicht an die Tragödie Jugoslawiens. Dazu gehört auch, dass in diesem Fall als Lösung auf eine weitgehende Entflechtung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen orientiert wurde. Dabei spielten zwei Faktoren eine entscheidende Rolle.

Bedingt durch den Siegeszug der Roten Armee und durch die herausragende Bedeutung der Ostfront für den Kampf der Alliierten setzten sich in den Jahren 1944 und 1945 allmählich sämtliche sowjetische Vorstellungen über die Neuordnung des Raumes jenseits von Weichsel und Bug durch. In der Konsequenz aber mussten die Alliierten Stellung beziehen zu der 1939 bei Kriegsausbruch aufgeworfenen Frage über die künftige Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen. Für Stalin war die Sache schnell klar. Die westlichen Mächte hatten Schwierigkeiten anderer Art: Ihr Verbündeter – die polnische Exilregierung in London und der mit ihr verbundene Widerstand – sträubten sich bis zuletzt gegen eine Stalinsche Lösung. Sie wollten begrenzte territoriale Zugewinne im Norden (Ostpreußen) und im Westen (Oppelner Gebiet, verbreiteter Zugang zur Ostsee, Danzig) bei möglicher Beibehaltung der im September 1939 bestehenden Ostgrenze. Selbst Wilno (Vilnius) sollte polnisch bleiben. Große Teile des Widerstands wurden diesem Ziel untergeordnet. Aufstände in Wilno und Warschau sollten vor Eintreffen der Roten Armee vollendete Tatsachen schaffen. In Wilno scheiterten die Aufstandsplanungen, was die Stadt rettete, in Warschau indes kam es im August 1944 zum größten Aufstand einer Stadtbevölkerung gegen die deutschen Okkupanten. Im Ergebnis verloren über 180.000 Warschauer ihr Leben. Nach der Ausrottung der Warschauer Juden der zweite große Aderlass der Stadt. Im heldenhaften Kampf gegen die deutschen Okkupanten vor Ort opferten sich die zumeist jungen Menschen todesmutig einem strategischen Ziel, welches bereits in diesen Sommertagen seinen Sinn verloren hatte. Nach der vollständigen Niederschlagung des Aufstands durch

die deutsche Wehrmacht war der Weg frei für eine einvernehmliche Lösung zwischen den Siegermächten der Anti-Hitler-Koalition bezüglich aller territorialer Fragen im Raum östlich von Oder und Lausitzer Neiße. Die polnische Exilregierung hatte auf zutiefst tragische Weise ihre letzte vermeintliche Trumpfkarte verloren. Polens Ostgrenze wurde im Einverständnis aller Anti-Hitler-Mächte endgültig 200 bis 300 Kilometer nach Westen verschoben.

Im Unterschied zur Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den fraglichen Gebieten geschah die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus jenen Gebieten, die nunmehr sowjetisch wurden, auf freiwilliger Basis. Es galt zu wählen: Entweder Bürger der Sowjetunion werden/bleiben und dableiben, oder Bürger Polens bleiben und nach Westen gehen. Die überwiegende Mehrzahl der Polen nahm das bittere Los der Umsiedlung auf sich, eine kleine Minderheit – insbesondere in Litauen – blieb. Litauer, Belorussen und Ukrainer, die bis 1939 Bürger Polens waren, wurden/blieben Sowjetbürger. Und so kam es, dass Breslau als Wrocław 1945 zu einer eigentlich ostpolnischen Stadt wurde, denn hier vor allem siedelten sich jene Menschen an, die in Lwów (jetzt Ukraine) bisher ihr Zuhause hatten. Bis heute halten die Bürger Wroclaws die Erinnerung an diese Herkunft in hohen Ehren. Ein Grund, aus der Sicht deutscher „Landsmannschaften“ hier Gleiches zu vermuten? Eingedenk der dramatischen und überaus komplizierten geschichtlichen Hintergründe – die hier nur in sehr verkürzter Form angerissen werden konnten – verbietet sich ein Ja. Da wird Unvergleichliches aus den Zusammenhängen herausgerissen und unvermittelt nebeneinandergestellt. In der Kunst leistet ein solches Verfahren gute Dienste, in der politischen Debatte jedoch wird damit Unheil angerichtet. Hinter der Fassade von Empathie für „fremde“ Opfer wird gezündelt. Würde ein Kind die Tür der Geschichte dieser Zeit einen Spaltbreit aufmachen, es bekäme Entsetzliches zu sehen und schlug die Tür sogleich zu. Nichts anderes haben die europäischen Völker 1945 getan – politisch! Es war nicht der schlechteste Weg. Er gab den Deutschen die Chance, sich wiederzufinden. Er räumte den Polen die Möglichkeit ein, in sicheren und unantastbaren Grenzen mit den deutschen Nachbarn zusammenzuleben. Das wichtigste Faustpfand für Europas Zukunft.

Polens offizielle Haltung ist dementisprechend eindeutig und im Lande wenig umstritten. Jenseits aller möglichen Diskussionen um gewesene Grenzverläufe ist erstens auszugehen von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945. Später Bedingungen gegenüber den Nachbarn nach-

zuschieben widerspricht dem Attribut der Kapitulation. Zweitens wurde die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße erst nach den Beschlüssen von Potsdam durch polnische Behörden organisiert. Daher könne nicht von Vertreibung geredet werden. Dieses Wort könne nicht auf die durch Beschlüsse der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zurückgehenden Maßnahmen angewendet werden. Drittens werde nach den Bürgerkriegsereignissen in Jugoslawien verstärkt das Argument der Menschenrechte gebraucht. Die in Frage stehenden Regelungen waren ein Kind des Zweiten Weltkriegs und atmeten den Geist der damaligen Zeit. Da auch die Menschenrechte kein statisches, sondern ein sich ständig weiterentwickelndes System von Rechtsgrundsätzen sind, könne der heute erreichte (zeitgemäße) Stand nicht ohne weiteres rückwirkend auf die damalige Situation bezogen werden.

Ein interessanter Vorschlag, der im Zusammenhang mit den Plänen für ein (Berliner) „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Polen diskutiert wurde, besteht darin, in Łódź ein europäisches Zentrum für Versöhnung, Zusammenarbeit und Erinnerung zu errichten. In der Stadt überlebten von den einst 250.000 Menschen jüdischer Herkunft die allerwenigsten die Schrecken der Okkupation. Damit wurde eine der drei großen Kulturen dieser außergewöhnlichen Stadt nahezu ausgelöscht. Die anderen beiden haben trotz unterschiedlichster Verluste überlebt – die polnische in Łódź, die deutsche – soweit sie nicht in Stein gehauen ist – jenseits von Oder und Neiße.

Aus: Polen und wir, Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung Nr. 1/05. Der Vorspann des Artikels wurde durch einen eigenen Vorspann ersetzt. (Für die Politischen Berichte entnommen aus den Deutsch-Tschechischen Nachrichten Nr. 63 vom 14. Januar 2005)

Polens linke Parteien vor einem schwierigen Wahljahr

Von Holger Politt

Polens politische Linke durchlebt vor dem wichtigen Wahljahr 2005 ihre tiefste politische Krise. Umfragen zufolge kämen die linken politischen Kräfte zusammen derzeit auf Werte zwischen 15 und 20%. Diese Werte würden bei den wahrscheinlich im Juni anstehenden

Parlamentswahlen immerhin noch eine anständige Oppositionsrolle möglich machen. Doch die politische Linke ist seit einiger Zeit auch organisatorisch getrennt und gespalten. Wenn es schlecht läuft, könnten bei den kommenden Parlamentswahlen eine getrennt marschierende Linke Opfer der obligatorischen 5%-Hürde (für Wahlbündnisse gar 8%) werden. Hinzu kommt eine weitere Tatsache: Während die anderen politischen Lager vor dem schwierigen Jahr 2005 – neben den bereits erwähnten Parlamentswahlen finden im Herbst Präsidentschaftswahlen statt – mit relativ festen Konturen den Dialog mit den Wählern bereits aufgenommen haben, befindet sich die Linke in einem merkwürdigen Zustand der Auflösung, der Neuorientierung und des Neuanfangs. Obwohl die parlamentarische Mehrheit noch immer gesichert ist, hat die Bevölkerung in großen Teilen bereits den wohl bevorstehenden politischen Machtwechsel vorweggenommen. Keine andere politische und gesellschaftliche Institution hat ein derartig schlechtes Meinungsbild wie das polnische Parlament – der Sejm.

Außerdem erwartet die Linke in Jahresfrist eine weitere neue Situation. Der aus den Reihen der Sozialdemokratie hervorgegangene jetzige Präsident Aleksander Kwasniewski beendet 2005 seine zehnjährige Amtszeit. Auch wenn er innerhalb dieser Amtszeit zusehends zu einem Präsidenten der „Mitte“ geworden ist oder werden musste, so war kaum zu übersehen, dass er stets und betont Rücksicht auf die politische Linke nehmen musste. Die Chancen für einen weiteren Präsidenten mit linker politischer Herkunft sind so groß nicht.

Auch deshalb dürfte zu den spannendsten politischen Fragen des kommenden Jahres gehören, in welcher Verfassung die polnische Linke zu den Parlamentswahlen antritt. Wird es eine gemeinsame Liste geben? In einigen Landesteilen (und auch im Senat) haben sich Initiativen des Zusammengehens entwickelt – „Lewica razem“ (Die Linke zusammen). Insbesondere dort schwört man durchaus noch kräftig auf die Einheit der Linken – die freilich ein jedes Mal anders definiert wird.

In Warschau haben sich mittlerweile zwei unterschiedliche Konzeptionen als ernsthafte Angebote herausgebildet. In beiden geht es um möglichst breite Bündnisse mehrerer Parteien oder Organisationen. Insofern also im gewissen Sinne eine Rückkehr zu den Wurzeln der SLD, die bis 1999 ein Bündnis von Parteien und Organisationen war.

Die erste Konzeption wird wesentlich getragen durch namhafte Vertreter der SLD, die einen Zusammenschluss der politischen Linken unter Schirmherrschaft Kwasniewskis anstreben. Dieser hatte bereits im September 2004 seine

Bedingungen für eine solche Aufgabe öffentlich genannt. In Kurzfassung wären das die rückhaltlose Akzeptanz des jetzigen demokratischen und verfassungsrechtlichen Systems, der Respekt vor der wirtschaftlichen Rationalität des Marktes und der Einsatz für ein starkes Polen in der EU. In der SLD-Führung jedenfalls könnte man sich ein solches Bündnis gut vorstellen unter Beteiligung der eigenen Partei, der SdPl (Abspaltung von der SLD), der UP (bis Mai 2004 Koalitionspartner der SLD), der PPS und der Gewerkschaftszentrale OPZZ. Da die SdPl-Spitze ein Bündnis mit der SLD unter gegenwärtigen Vorzeichen mehrmals strikt ausgeschlossen hat, die UP und die PPS anderweitig sich engagieren und einen Ausweg suchen, die OPZZ nur mangelndes Interesse signalisiert hat, müsste der Präsident noch sehr viel Überzeugungsarbeit leisten, um Polens Linke unter dem Dach seiner Vorstellungen zu einen. Als treuester Verbündeter erweist sich immerhin die SLD, deren Auflösung er vor kurzem durchaus noch für ratsam hielt.

Die zweite Konzeption nennt sich „Unia Lewicy“ (UL) und wird durch kleinere linke Parteien und zahlreiche gesellschaftliche Organisationen getragen. Im Dezember 2004 wurde eine Grundsatzerklärung verabschiedet, in der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen eine deutliche Absage erteilt wird. Die UL bietet Platz für alle jene linken politischen Kräfte, die für eine soziale Alternative zur herrschenden neoliberalen Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft sich einsetzen. Deutlicher kann man sich von einem möglichen „Präsidentenlager“ und verschwommenen Vorstellungen über eine einheitliche Linke augenblicklich nicht abgrenzen. Ihre Mitarbeit in dem Zusammenschluss haben die UP, die PPS, die Nowa Lewica, die Centrolewica, Racja, die PPP, die DPL, zahlreiche gesellschaftliche Organisationen und namhafte Einzelpersonlichkeiten erklärt. Doch der UL läuft freilich die Zeit weg, sobald an die kommenden Wahlen gedacht wird. Die enormen Differenzen zwischen den einzelnen Partnern sind kaum zu übersehen. Während etwa die PPS als gemäßigte sozialistische Partei sich begreift, versteht die Nowa Lewica sich als eine strikt antikapitalistische Kraft. Die nächsten Monate werden zeigen, wie lebensfähig das Projekt ist.

Mit einem interessanten Vorschlag überraschte indes der SLD-Abgeordnete Piotr Gadzinowski die linke Wählerschaft: Eine gemeinsame Liste der Linken sollte sich zu je einem Drittel zusammensetzen aus Kandidaten der SLD, der SdPl und der UL. Die Wähler hätten dann zu entscheiden, wer von den linken Kräften in das künftige Parlament tatsächlich einzieht.

Politische Parteien, die sich der Linken zurechnen

SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej; Demokratisches Linksbündnis): Seit 1999 eigenständige Partei, davor Wahlbündnis aus mehreren (teilweise wechselnden Parteien und Organisationen). Bis Sommer 2003 mitgliedsstärkste Partei in Polen (etwa 130.000 Parteimitglieder). Nach einer Überprüfung der Mitglieder verlor die Partei Zehntausende Mitglieder und gibt heute eine Mitgliedsstärke von 70.000 an. Die Parteiüberprüfung wird auch innerhalb der Parteiführung als großer Fehler des alten Parteivorsitzenden Leszek Miller angesehen. Einer der vielen Gründe, weshalb der bisherige Parteichef im März 2004 von seinem Amt zurücktreten musste. Die SLD stellt im Sejm auch nach Neugründung der SdPl die mit Abstand größte Fraktion und ist wichtigste Partei in der durch Marek Belka zusammengestellten Regierung. In neusten Umfragen meistens unter 10%. Mitglied der Sozialistischen Internationale und der PES.

SdPl (Socjaldemokracja Polska; Polnische Sozialdemokratie): Im März 2004 gegründet durch den aus der SLD ausscheidenden prominenten Politiker Marek Borowski. Weitere prominente Gründungsmitglieder sind Andrzej Cielinski (bis März 2004 Stellv. Vorsitzender SLD), Jolanta Banach (bis Februar 2004 Stellv. Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Soziales), Izabella Sierakowska (vormals SLD) und Tomasz Nalecz (vormals stellv. Vorsitzender der UP). An der Regierung Belka beteiligt. Programmatisch sind bisher nur wenige Unterschiede zur SLD erkennbar. An vorderster Stelle stehen Staatswohl, Sozialdemokratie und Europa. In Umfragen derzeit unter 5% notiert. Der Name drückt auch die Adresse im internationalen Geschäft aus: Sozialistische Internationale und PES.

Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung „Unia Lewica“ (UL, Union der Linken):

UP (Unia Pracy; Union der Arbeit): Kleine linke Partei, die trotz 3% der Wählerstimmen dank eines Wahlbündnisses mit der SLD in den Sejm und damit zugleich in die Regierung gekommen ist. Ursprünglich aus dem linken Flügel der „Solidarnosc“ entstanden. Durch das Bündnis mit der SLD erbrachte die Partei einen gewichtigen Beitrag zur Überwindung der politischen Spaltung der Gesellschaft in das „Ethos“-Lager auf der einen und die „Postkommunisten“ auf der anderen Seite. Da die UP in den Augen einer breiten Öffentlichkeit bisher als treuer Partner der SLD wahrgenommen wird, kann sie vom Abwärtstrend der SLD nicht profitieren. An der Regierung

Belka beteiligt. Die neue Parteivorsitzende, Izabela Jaruga-Nowacka, ist zugleich stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Soziales. In Umfragen liegt die UP meistens deutlich unter 5%. Die Jugendorganisation der Partei vertritt in Teilen ausgesprochen alterglobalistische und regierungskritische Positionen. Mitglied der Sozialistischen Internationale und der PES.

PPS (Polska Partia Socjalistyczna; Polnische Sozialistische Partei): Älteste politische Partei Polens. Die traditionsreiche Partei durchlebt z. Z. eine schwere Identitätskrise, die z.T. durch den vormaligen Vorsitzenden Piotr Ikonowicz heraufbeschworen wurde. Er hatte versucht, aus der PPS in klarer Opposition zur SLD eine erkennbar antikapitalistische Partei zu machen und nötigenfalls auf parlamentarischen Erfolg zu verzichten. Große Teile der Parteibasis verweigerten sich diesem Manöver. Nach wie vor leidet die Partei daran, im linken Spektrum nicht mehr als eigenständige politische Kraft wahrgenommen zu werden. Die aktuelle programmatische Losung lautet „Arbeit-Frieden-Gerechtigkeit“. In Umfragen kommt die Partei auf etwa 1% der Wählerstimmen. Bisher schafft es die PPS nicht, aus der offenkundigen Krise der SLD spürbaren Nutzen zu ziehen. Vielen von der Regierungspolitik enttäuschten Wählern erscheint die Partei in ihrem jetzigen Zustand nicht als Alternative. Die PPS hat u. a. Interesse an einer Zusammenarbeit mit der PDS signalisiert.

Nowa Lewica (Neue Linke): Kleine Linkspartei mit ausgesprochen antikapitalistischem Profil. In der Öffentlichkeit wesentlich mit der Person des Parteigründers und Vorsitzenden Piotr Ikonowicz verbunden. Die Partei bemüht sich um enge Kontakte zu den neuen sozialen Bewegungen. Im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens engagiert die Partei sich derzeit auf den Straßen des Landes für eine Petition an den Sejm, mit der die soziale Grundsicherung zum Verfassungsrecht erhoben werden soll. Die Nowa Lewica strebt eine enge Zusammenarbeit mit Strukturen einer Europäischen Antikapitalistischen Linken an. Eine Zusammenarbeit mit der SLD wird hingegen strikt ausgeschlossen. Bei Umfragen ohne Notierungen.

Racja (Antiklerikale Fortschrittspartei „Racja“ – etwa im Sinne von „Der richtige Standpunkt“): Kleine Partei mit ausgewählten, vor allem weltanschaulich relevanten politischen Themen. Tritt für die strikte Trennung von Staat und Kirche ein. In ihren Reihen arbeiten auch zahlreiche Kirchenleute mit. Tritt in der Öffentlichkeit vor allem durch die Wochenzeitung „Fakty i mity“ (Tatsachen und Mythen) in Erscheinung. Ohne strategisches Bündnis

mit anderen politischen Kräften keinerlei Wahlchancen.

Centrolewica (Zentrumslinke): Kleine Partei, die sich regierungskritisch versteht. Abgelehnt wird insbesondere die lange Zeit in der SLD favorisierte einseitige Hinwendung in Richtung Wirtschaftswachstum. Setzt sich für Entbürokratisierung ein, wobei die eingesparten Mittel insbesondere der Konsolidierung der staatlichen Sozialprogramme zugeführt werden sollten. Bei Umfragen ohne Notierungen.

DPL (Demokratyczna Partia Lewicy; Demokratische Linkspartei): Kleine Partei, die 2002 durch enttäuschte SLD-Mitglieder aus regionalen Gliederungen gegründet wurde. Die DPL tritt für Änderungen der Verfassung im Sinne der Verpflichtung zum Prinzip des Sozialstaats ein. Alle bisher im Sejm vertretenen politischen Parteien hätten diesbezüglich versagt. Die Partei sucht den Kontakt zu sozialen und alterglobalistischen Bewegungen. Bei Umfragen ohne Notierungen.

PPP (Polska Partia Pracy; Polnische Arbeiterpartei): Die PPP versteht sich als politischer Arm der Gewerkschaft „Solidarnosc 80“. Deren Vorsitzender ist zugleich Parteivorsitzender. Tritt in Erscheinung vor allem mit Aktionen im Bereich der Berg- und Industriearbeiterschaft. Spricht sich für einen „starken Sozialstaat“ aus. Strikte Abgrenzung von der SLD und allen „postkommunistischen“ Strukturen. In einigen Umfragen im Prozentbereich.

Weitere sich links verstehende Parteien:

Rentnerpartei (KPEiR; Landespartei der Pensionäre und Rentner): In Umfragen öfter um 3% notiert. Gilt vor allem als Partei einer Altersgruppe, orientiert sich politisch aber eher links. Parteivorsitzender Tadeusz Maminski ist fraktionsloser Sejm-Abgeordneter. Maminski hebt das Gespür für die sozialen Probleme als Markenzeichen seiner Partei hervor. Im Unterschied zu früheren Jahren gegenwärtig kaum noch im öffentlichen Gespräch.

Zieloni 2004 (Die Grünen 2004): Kleine und junge Partei, die als Teil der grünen Bewegung Europas sich versteht. Bisher wurden in Polen ökologische Themen politisch eher dem bauernpolitischen Lager zugeschlagen. In Polen versucht die Partei sich vor allem als politischer Vertreter emanzipatorische Bewegungen (Gender-Problematik, sexuelle Minderheiten) ins Gespräch zu bringen. Sieht sich als Teil der Antikriegsbewegung und des alterglobalistischen Diskurses. Aktuell zu meist scharfe Kritik an SLD wegen Aufgabe linker Positionen. In Umfragen meistens nicht notiert.

(entnommen mit freundlicher Genehmigung der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus deren Homepage: www.rosalux.de)

Vorankündigung

Die Rosa Luxemburg Stiftung, das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg und weitere norddeutsche RLS-Landesstiftungen/Bildungsvereine bieten am Samstag, 16.4.2005, in Hamburg ein Tagesseminar zur Frage

„Was, bitte, ist eigentlich links in Polen und Tschechien?“

an. Das Seminar richtet sich insbesondere an Aktive in der PDS sowie Linke im weiteren Umfeld von RLS und PDS (Gewerkschaften, Attac, ESF-Aktive, Antirassismus- und Migrationsbereich usw.), die an Europapolitik und linker Vernetzung interessiert sind. Wenn Interesse vorhanden ist, sollen weitere Seminare und Workshops zur Vertiefung bzw. zu anderen Ländern und Themen angeboten werden. Wir laden Euch zu diesem Seminar herzlich ein und bitten Euch, InteressentInnen aus dem norddeutschen Raum ebenfalls darauf hinzuweisen.

Info: Dr. Florian Weis, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, Deutschland/Germany, Tel.: (0049) 30-44 310 164, Fax: (0049) 30-44 310 222, E-Mail: weis@rosalux.de. Website: www.rosalux.de

Samstag, 16.4.2005 11 Uhr – 17 Uhr

Anmeldung erforderlich bis zum 8.4.2005. Material zur Vorbereitung wird ab Anfang April auf der RLS-Website bereitgestellt.

Seminar

Dr. Holger Politt und Hartwig Zillmer

Was, bitte, ist eigentlich „links“ in Polen und Tschechien?

Seit dem 1.5.2004 sind acht mittel- und osteuropäische Staaten Mitglieder der EU. Das Wissen um die dortigen sozialen Konflikte und die Rolle linker Akteure ist jedoch gering. Ausgehend von Darstellungen zur aktuellen politischen und sozio-ökonomischen Lage wollen wir diskutieren: Was ist eigentlich links in Polen und Tschechien? Was sind Konfliktlinien in der nationalen Politik, welche emanzipatorischen Akteure gibt es, wie ist es um linke Kooperationsmöglichkeiten in Europa bestellt? Im Mittelpunkt des Seminars steht Polen, daneben soll die Situation in Tschechien als Vergleich dienen.

Dr. Holger Politt, Historiker, Leiter des RLS-Regionalbüros in Warschau (www.rls.pl) und Hartwig Zillmer, AG Umwelt und Ökologie, Deutsch-Polnische Gesellschaft Hamburg (www.dpg-hamburg.de)

11. bis 13. Februar. München. *Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg! Internationale und öffentliche Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz.* Näheres: www.muenchner-friedensbuendnis.de

19. Februar. Köln. *NPD – braunes Sammelbecken für zerstrittene Rechte? Nazis sehen Chance, sich zu etablieren – Was ist zu tun!* Veranstaltung der Antifaschistischen Nachrichten. 14 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3.

23. Februar. Mainz. *Besuch des US-Präsidenten George W. Bush.* Bundesweit sind Gegenaktionen angekündigt. Näheres: www.bushinmainz.de

4./5. März. Stuttgart. *Attac-Europa-Konferenz: EU global – fatal?!* Näheres: www.attac.de

19. März, europaweit. *Demos gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus.* Aktionstag des Europäischen Sozialforums. Zentrale Demonstration in Brüssel.

3./4. April. Frankfurt. *Jahresversammlung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Vorbereitung der Mitgliederversammlung. Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12, Beginn 12 Uhr.

9./10 April. Berlin. *Internationale Konferenz NS-Opfer entschädigen – Täter bestrafen.* Sie wird organisiert von Arbeitskreis Distomo (Hamburg), Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege (NRW), Support vor Survivors of Nazi Persecution International (Baltimore/ Köln).

Jahreshauptversammlung des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Samstag 2. April bis Sonntag, 3. April 2005, Beginn 12 Uhr

Diesmal in **Frankfurt a. M.!**

Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12.

Samstag, 2. April:

12 Uhr Anmeldung, 12.30 Uhr: Beginn der Tagung
bis 15 Uhr: Referat + Diskussion mit Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP (angefragt): **Antimilitarismus und Friedenspolitik angesichts der kommenden EU-Verfassung**
15 bis 15.30: Uhr: Kaffeepause
15.30 bis 16.30: Fortsetzung der Diskussion
16.30 bis 17 Uhr: Finanzbericht 2004, Bericht der Finanzprüfungskommission, Entlastung des Arbeitsausschuss
17 bis 18 Uhr: Politische Berichte: Bericht der Herausgeber, Auflagenentwicklung, Finanzbedarf; Wahl der Herausgeber und der Redakteure
18 bis 19 Uhr: Beschlussfassung über den Haushalt 2005, Wahl von Präsidium, Arbeitsausschuss und Finanzprüfungskommission
Abendessen

Sonntag, 3. April

9 bis 10.45 Uhr: Publikationsprojekt „Prozesse linker Parteibildung“ (Arbeitstitel)
10.45 bis 11 Uhr: Kaffeepause
11 bis 12 Uhr: Kommunalpolitische Leitlinien der PDS: Aktueller Diskussionsstand

Abreise bitte erst ab ca. 13 Uhr planen!
Änderung im Ablaufplan sind möglich.

Präsidium der Arbeitsgemeinschaft

23./24. April. Köln. *Kommunalpolitische Konferenz der PDS.* Nach Offenbach 2003 und Sömmerda 2004 treffen sich die PDS-Kommunalpolitiker/innen dieses Mal in Köln. Aus mehreren Gründen: Zum einen soll die Konferenz ein Angebot an die vielen neuen PDS-Kommunalabgeordneten in NRW sein (natürlich auch an alle anderen!), zweitens wollen wir die Genoss/innen in NRW mit dieser Konferenz bei ihrem Landtagswahlkampf unterstützen. Außerdem soll in Köln die Debatte um die Kommunalpolitischen Leitlinien und um politische und strategische Schwerpunkte linker Kommunalpolitik weitergeführt werden. Mit dabei unter anderen: Lothar Bisky, Dagmar Enkelmann, Katrin Kunert und die Autor/innen der Kommunalpolitischen Leitlinien. Anmeldung bitte bei: Alexander King, Tel. 030 24009 363, Fax 030 24009 624, alexander.king@pds-online.de. Jede/r angemeldete Konferenzteilnehmer/in bekommt rechtzeitig per Email oder Post die Tagungsunterlagen zugeschickt.

6. Mai, Köln. *Bundesparteitag der FDP*

25. bis 29. Mai. Hannover. *Evangelischer Kirchentag*

21. bis 24. Juli. Erfurt. *Bundesweites Sozialforum.* In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land	Art der Wahl	Termin	Wahlperiode
2005	Feb.	Schleswig-Holstein	Landtag	20.2.	5 Jahre
	Mai	NRW	Landtag	22.5.	5 Jahre
2006	Frühj.	Hessen	Kommunal		5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de